

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M. im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pf. Postzinsen 60- und 72 Pf. Postzeitungsgebühren. Auslandabonnements 6.- M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucklohn vom 5.- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Morgenausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Abdrücke: „Sozialismus“, „Hoff und Zeit“, „Berliner Bauernstimme“, „Jugend“, „Bild in der Arbeiterwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stichtilgung“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Donnerstag  
11. Juni 1931  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einpalt. Konzeptionszelle 60 Pf. Reklamestelle 5.- M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 25 Pf. (zweiwöchige zwei fertige Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt 4. Quart. Stellengesuche des ersten Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 8 1/2 bis 12 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Köndhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

# Protest der Gewerkschaften.

## Die Notverordnung eine Häufung sozialer Ungerechtigkeiten. Partei und Gewerkschaften einig.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich gestern nachmittag unter Beteiligung des Vorstandes des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes mit der Notverordnung vom 5. Juni eingehend befaßt. Ueber das Ergebnis der Beratung wird mitgeteilt:

Beide Bundesvorstände verkennen nicht die Notwendigkeit, dem ganzen Volk Opfer zuzumuten, um eine Belebung der deutschen Wirtschaft und damit eine Milderung der Erwerbslosennot, wie auch die Wiederherstellung des Gleichgewichts der öffentlichen Haushalte zu ermöglichen. Die Notverordnung enthält jedoch eine derartige Häufung sozialer Ungerechtigkeiten, daß der allgemeine Widerstand der Arbeitnehmerschaft sich ungestüm geltend machen muß. Die Folgen der praktischen Durchführung für die Wirtschaft und damit auch für die öffentlichen Finanzen würden verhängnisvoll sein. Die Gewerkschaften werden alle ihre Kräfte einsetzen, um die unbedingt notwendige Änderung der Notverordnung herbeizuführen.

In dem Willen, den unsocialen Inhalt der Notverordnung wirksam zu bekämpfen, gibt es zwischen Partei und Gewerkschaften keinen Unterschied. Beide erklären ihre Bereitschaft zu positiver Mitarbeit, wenn es gilt, die Ordnung der Finanzen aufrechtzuerhalten und die Wirtschaft zu beleben. Beide sind einig in der Überzeugung, daß die Verordnung, so wie sie ist, den Massen des arbeitenden Volkes unerträgliches zumutet, und daß sie in ihrer Wirkung nicht Ordnung schafft, sondern das gerade Gegenteil davon. Beide stimmen also darin überein, daß die Verordnung nicht bleiben kann, wie sie ist, sondern daß sie einer tiefgreifenden Revision unterzogen werden muß.

Daß die Verordnung nicht so bleiben kann, wie sie ist, erklärte schon unlängst das Organ einer Regierungspartei, des Christlich-sozialen Volksdienstes. Am Montag tagten in Duisburg die Arbeiterbeiräte des Zentrums. Ueber diese Tagung, in der Stegerwald, der Arbeitsminister des Kabinetts Brüning, die Notverordnung zu rechtfertigen versuchte, berichtet vorsichtig, aber ganz unmißverständlich die „Germania“:

Die neue Notverordnung fand selbstverständlich nicht in jeder Einzelheit Verständnis und Billigung. Die Konferenzteilnehmer verkennen nicht, daß die Reichsregierung angesichts der verzweifeltsten Lage des deutschen Volkes mit einem Höchstmaß von Verantwortungsbewußtsein an ihre Aufgabe herangegangen sei und sich bemüht habe, eine tragbare Verteilung der unerläßlichen Opferleistungen zu finden. Nach Meinung der christlichen Arbeiterschaft, die entsprechend ihrer Gesamthaltung zu Volk und Nation, die Bemühungen des Kabinetts Brüning stets mit bester Kraft unterstützt hat, ist der gesuchte Ausgleich in der Lastenverteilung leider nicht gelungen. Insofern erwartet die Konferenz, daß seitens der Reichsregierung eine Möglichkeit zur Befestigung unbilliger Härten eröffnet werde.

Man kann also feststellen, daß es eine Revisionsfront der Arbeitnehmer gibt, die in der Hauptsache aus den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei besteht, die aber auch die Zentrumsarbeiter und die evangelischen Arbeiter christlich-sozialer Richtung in sich einschließt. Es gibt keine irgendwie wesentliche Arbeitergruppe in Deutschland, die die Notverordnung, so wie sie ist, akzeptiert.

Die Regierung Brüning steht vor der Frage, ob sie an einer Verordnung, die von der ganzen Arbeiterschaft als ein Klassendiktat des Unternehmertums empfunden wird, unbedingt festhalten will. Sie steht vor der Frage, ob sie sich mit den Vertretern der Arbeiter verständigen oder ob sie einen Weg beschreiten will, von dem man wohl sieht, wo er beginnt, aber nicht, wo er endet.

Es ist noch nicht ein Jahr her, seit die Regierung Brüning ihre erste Notverordnung gegen den Reichstag durchsetzte. Der Reichstag beschloß ihre Auf-

## Einberufung des Reichstags? Entscheidung im Kabinettsrat verlag.

Der Kabinettsrat des Reichstags hatte sich am Mittwochabend mit einem Antrage der Nationalsozialisten, der Deutschen Nationalen und der Kommunisten zu beschäftigen, wonach das Reichstagsplenum schon für nächsten Dienstag einberufen werden sollte. Für diesen Antrag stimmte auch der Vertreter der Wirtschaftspartei, während sich der Vertreter des Landvolks der Stimme enthielt. Mit den Stimmen der übrigen Parteien wurde der Antrag abgelehnt. Auf Wunsch mehrerer Fraktionen wurde darauf mit Rücksicht auf die bevorstehenden Fraktionsitzungen beschlossen, noch keine Entscheidung über eine vorzeitige Einberufung des Reichstags zu fällen, sondern am Dienstagvormittag eine neue Kabinettsratsitzung zu diesem Zweck abzuhalten.

hebung, die Regierung Brüning fügte sich formal diesem Beschluß. Löste aber den Reichstag auf und erließ eine neue Notverordnung, die der ersten ähnelte wie ein Ei dem anderen. Dann kamen die Wahlen am 14. September, die der deutschen Wirtschaft einen Milliardenverlust und der Deutschen Republik einen unmöglichen Reichstag brachten. Schließlich kam die Notverordnung in den Haushaltsausschuß nebst zugehörigen Sachausschüssen und wurde in einigen nicht unwesentlichen Punkten abgemildert.

Die Sozialdemokratie hatte auch damals keineswegs zur Krise getrieben. Sie war auch damals zu Verhandlungen bereit. Hätte die Regierung mit sich reden lassen — sie hätte dem deutschen Volke ein großes Unheil erspart. Aber das Unheil, das damals entstand, ist nichts gegenüber dem Unheil, das jetzt droht, wenn die Reichsregierung vor der Stimme der gesamten Arbeiterklasse ihr Ohr verschließt.

Der Kabinettsrat hat gestern geessen, er hat, wie nicht anders zu erwarten war, seine Entscheidung über die

Einberufung des Reichstags ausgelegt, bis die Fraktionen beschlossen haben werden. Deutschnationale, Kommunisten und Nationalsozialisten werden sich heute das Maul darüber zerreißen, daß die Sozialdemokraten nicht mit ihnen gestimmt haben. Und doch wäre auch ihren Vertretern im Kabinettsrat gestern das Herz für einen Augenblick stillgestanden, wenn die Sozialdemokraten erklärt hätten: „Jawohl, wir fordern gemeinsam mit den Deutschnationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten die sofortige Einberufung des Reichstags und die Aufhebung der Notverordnung.“

Solange die Sozialdemokratie sich noch nicht entschieden hat, ist das Schreien für die Extremen von rechts und links sehr billig. In dem Augenblick jedoch, in dem die Sozialdemokratie einen Wechsel ihrer Stellung vollzieht, wird es ernst. Niemand soll den Ernst der Situation, die dann entstehen würde, und die Schwere der Kämpfe, die dann folgen würden, unterschätzen!

Schon regt sich allerhand unter der „Decke“. Die „Deutsche Tageszeitung“ z. B. wirft die Frage auf, ob Herr Brüning glaube, mit Herrn Curtius als Außenminister erfolgreiche außenpolitische Verhandlungen führen zu können. Auch in der Deutschen Volkspartei, der Herr Curtius angehört, sind ähnliche Strömungen, die eine Kabinettsumbildung erstreben, vorhanden. Hier verlangt man außer dem Rücktritt von Curtius auch den von Dietrich. Da in der Deutschen Volkspartei auch diejenigen Kreise sitzen, die nach dem Direktorium rufen, für das neben dem unseligen Herrn Schacht Männer der rheinischen Schwerindustrie genannt werden, so sind die politischen Absichten dieser Kreise ziemlich deutlich erkennbar. Ihre Hoffnung geht dahin, daß der Reichstag das Kabinetts Brüning bald stürzt, und sie dann ihrem Ziele näherkommen. Muß man erst sagen, daß in den Lagern Hitlers und Thälmanns die Geister gleichfalls sehr reger sind, und daß man hier das Dritte Reich, dort das ersehnte Sowjetdeutschland über Nacht anbrechen sieht? Wenn das alles erst einmal aufeinander losgeht, und wenn das alles erst einmal miteinander losgeht

# Die Arbeitsnot in Berlin.

## Noch 436 000 Arbeitsuchende in der Reichshauptstadt.

Im Bereich des Landesarbeitsamtes Brandenburg (Berlin, Brandenburg, Grenzmark) haben die beiden letzten Monatswochen gleichfalls eine weitere Entlastung des Arbeitsmarktes gebracht. So ging die Zahl der Arbeitsuchenden um 21 878 auf 593 074 Personen zurück. Die Entlastung des Arbeitsmarktes in Berlin und der Provinz Brandenburg bleibt aber weit hinter dem Reichsdurchschnitt zurück, eine Erscheinung, die auch schon in den letzten Jahren festzustellen war. Während im Reiche seit dem Uebersteigen der Höchstbeschäftigung Mitte März fast 20 Proz. der Erwerbslosen wieder eingestellt werden konnten, stellt sich im Bezirk des Landesarbeitsamtes Brandenburg die Abnahme auf noch nicht 15 Proz. Die Erwerbslosigkeit in Berlin und den Provinzen Brandenburg und Grenzmark zeigt folgende Entwicklung:

|                                   | 1930    | 1931    |
|-----------------------------------|---------|---------|
| Ende Februar bis Mitte März . . . | 501 457 | 697 417 |
| Ende April . . . . .              | 424 114 | 624 224 |
| Ende Mai . . . . .                | 412 473 | 593 074 |

Wenn auch die Ueberlagerung gegenüber dem vorigen Jahre sich Ende April von über 200 000 auf 160 600 Personen zurückgegangen ist, so bleibt die Lage des Arbeitsmarktes besonders in Berlin trostlos. In der Reichshauptstadt allein waren am 31. Mai noch 435 907 Arbeitsuchende vorhanden, von denen nur 136 718 Personen als Hauptunterstützungsempfänger und 102 255 Personen von der

Reisenfürsorge unterstützt wurden. Es bleiben also fast 200 000 Erwerbslose, die in Berlin der kommunalen Wohlfahrtsfürsorge zur Last fallen. Diese erschütternden Zahlen sprechen Bände für die Finanznot Berlins, die sich trotz rigorosester Einsparungen auf allen Gebieten bei den ständig anschwellenden Wohlfahrtsausgaben einfach nicht beizulegen läßt.

Im einzelnen läßt der Bericht des Arbeitsamtes erkennen, daß die Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft noch in gewissem Umfang angehalten hat. Auch im Braunkohlenbergbau hat sich die Lage so weit gebessert, daß neben fühlbarem Rückgang der Kurzarbeit auch vereinzelt bereits Neueinstellungen vorgenommen wurden. Die Lage in der Industrie der Steine und Erden läßt gleichfalls eine verhältnismäßig günstige Entwicklung erkennen. Dagegen ist und bleibt die Metallindustrie das Schmerzenskind des Berliner Arbeitsmarktes. In der Elektro- und Kabelindustrie sind sogar neue Entlassungen vorgenommen worden. Stärker aufnahmefähig zeigte sich nur die Autoindustrie in Brandenburg a. d. H. In der Holzindustrie hat die leichte Besserung in den ersten Monaten sich nicht fortgesetzt, und auch im Bekleidungs-gewerbe scheint der Beschäftigungsgrad seinen Höhepunkt schon überschritten zu haben. Im Baugewerbe macht sich zwar in Berlin und in der Provinz eine leichte Belebung fühlbar, doch bleibt die Entlastung durchweg schleppend.

gegen alle, die in Deutschland noch etwas Vernunft behalten haben, kann das eine schöne Beisehung werden!

Die Sozialdemokratie hat keine Sehnsucht nach einem Zustand, der für alle Intriganten, Verschwörer und Butschisten eine Hochsaison, für die Arbeiter aber eine katastrophale Verschlechterung ihrer Lebenslage noch weit unter das Niveau der neuen Rotverordnung bedeutet. Soll dieser Zustand eintreten, so kommt er immer noch früh genug. Die Sozialdemokratie will ihn nicht, sie will die Verständigung mit dem Ziel, das Los der Arbeiterklasse zu erleichtern, nicht zu erschweren. Darum will sie, ebenso wie die Zentrumsarbeiter, ebenso wie die evangelischen Arbeiter christlich-sozialer Richtung eine Umgestaltung der Rotverordnung, die den Geboten sozialer Gerechtigkeit Rechnung trägt. Sie würde es begrüßen, wenn sich die Nachricht bestätigte, daß der Reichskanzler mit einer Durchberatung der Rotverordnung, sei es in Verhandlungen mit den Parteiführern, sei es in Beratungen der zuständigen Reichstagsausschüsse einverstanden ist.

Mit der Eröffnung solcher Verhandlungen wären gewiß noch nicht alle Schwierigkeiten überwunden. Auch wenn die Verordnung gründlich umgestaltet werden sollte, bliebe noch vieles übrig, was für die Arbeiter und für die Sozialdemokratie schwer zu tragen ist! Aber sowohl der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wie der Bundesvorstand der Gewerkschaften haben die Notwendigkeit tiefer Eingriffe anerkannt und die Bereitschaft zu Opfern erklärt. Es wird die Zeit kommen, in der alle Arbeiter diese kaltblütige und besonnenen Taktik als die einzig richtige erkennen werden. Nur sie ist imstande, das Schlimmste abzuwehren, oder aber, wenn das nicht gelingen sollte, der Arbeiterklasse für kommende Kämpfe eine günstige Ausgangsstellung zu sichern.

Es sind Entscheidungen von geschichtlicher Tragweite, vor denen wir stehen. Daß in diesen Tagen Partei und Gewerkschaften einig sind, ist ein Lichtblick. Mögen die Kommunisten das Feuer schüren, an dem die Schwerindustrie ihre Suppe kocht — die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften ziehen es vor, die Arbeiter zu gemeinsamem Handeln aufzurufen. In schweren Zeiten wie diesen bedarf die Arbeiterklasse noch mehr als sonst der Kraft, die in ihrer Einigkeit liegt.

## Die Ankunft des Kanzlers.

### Auffallendes Interesse der Rechtsradikalen.

Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius sind gestern nachmittags 17.08 Uhr, zusammen mit dem amerikanischen Botschafter Sackett, mit dem fahrplanmäßigen Bremerhavener Zuge auf dem Bahnhof Friedrichstraße angekommen.

Vor dem Bahnhof hatte sich eine große Anzahl Neugieriger eingefunden. Unter ihnen befanden sich Haufen von Nationalsozialisten, die mit der Absicht, Standal zu machen, gekommen waren. Die Polizei hatte ausreichende Absperrungsmaßnahmen getroffen. Als die Nationalsozialisten beim Herausstreiten des Reichskanzlers aus dem Bahnhofsgelände in Pfeifen und Brüllen ausbrachen, wurden sie von der Polizei sehr bald abgedrängt. Zahlreiche Ausländer standen vor den Fremdenhotels, um sich das unwürdige Schauspiel, das die Hafentruyschreiber gaben, anzusehen. Sie werden sich über die nationale Selbstachtung dieser Leute ihre eigene Meinung gebildet haben.

Hugenbergs Berliner „Nachtausgabe“ hat es für nötig befunden, in ihrer ersten Ausgabe nach einer übertriebenen Schilderung kleinerer Zwischenfälle in Bremerhaven ihren Lesern in Fettdruck genaue Zeit und genauen Ort der Ankunft des Reichskanzlers bekanntzugeben. In der zweiten Ausgabe freilich ist der Bassus verändert! Da steht man nur noch, daß die Minister „nachmittags gegen 5 Uhr in Berlin“ eintreffen. Es waren eben beim Erscheinen der zweiten Ausgabe keine Radaulustigen mehr zu alarmieren!

## Zwischenfälle in Bremerhaven.

Bremerhaven, 10. Juni.

Als der Sonderzug mit den Ministern durch das Hafengelände fuhr, kam es, kurz nachdem er die Schleuse passiert hatte, zu einem Zwischenfall. Ein in der Nähe des Bahnhofs stehender Trupp von Nationalsozialisten hatte die Hafentruyschiffe entrollt und Nieder-Rufe auf den Reichskanzler und auf Dr. Curtius ausgestoßen. Die Polizei schritt sofort ein. Sie mußte dabei auch von dem Gummiknüppel Gebrauch machen. Vier von den Nationalsozialisten wurden festgenommen, darunter der Redakteur Bruns des hiesigen nationalsozialistischen Organs „Die Sturmwelle“.

In der Nacht ist ein Boot an die Kolumbusai herangefahren. Die Insassen haben mit Wasserfarbe an die Kaimauern und auch an die Bordwand des dort liegenden Dampfers „Kolumbus“ gepinselt: „Nieder der Hungerdiktator, Deutschland ermaache, Brüning vertrache.“

## Briand förderte Hitler.

### Scharfe englische Kritik an seiner Revisionsablehnung.

London, 10. Juni. (Eigenbericht.)

Der „Daily Herald“ kommentiert die Erklärung Briands in der Kammer über den Young-Plan in einem Artikel mit der Überschrift: „Solche Methoden, solche Manieren sind verhängnisvoll für jenes Ideal, zu dem sich Briand bekennt. Revision des Young-Plans ebenso wie Revision eines anderen internationalen Vertrages ist eine Angelegenheit der Unterordnung, der Ueberlegung und der freundschaftlichen Unterhaltungen. Das abzustreiten und von starker Endgültigkeit zu sprechen ist nicht nur ein Unfug, sondern es ist auch eine Mißachtung der Bestimmungen des Völkerbundes, zu dem sich Briand selbst so oft bekennt hat. Dies wird den Erfolg haben, daß Tausende von neuem dem Lager Hitlers zugeführt werden. Briand hat Frankreich, Deutschland, Europa und der Welt einen schlechten Dienst geleistet.“

Einstweilige Verfügung gegen „Gesellschaft Justiz“ bestätigt. Das Landgericht I verkündete gestern das Urteil in der Sache Justizrat Werthauer gegen Verlag Lehmann-München. Die einstweilige Verfügung gegen die von Justizrat Werthauer im Moriz-Jaromtschen Buche „Gesellschaft Justiz“ beanstandeten Stellen wurde zum großen Teile bestätigt und für den Fall etwaiger Wiederholungen der beleidigenden Behauptungen eine fiskalische Strafe von je 500 Mk. festgesetzt.

Toscanini ist in St. Moritz eingetroffen.

# Kampfziele der Konsumvereine.

## Die Aufgaben und Pflichten der Gesamtbewegung.

Magdeburg, 10. Juni. (Eigenbericht.)

Der Genossenschaftstag beschäftigte sich am Mittwoch mit Fragen der Eigenproduktion, der Rechtsprechung der Zivil- und Finanzgerichte gegen die Konsumvereine, die genossenschaftliche Werbe- und Erziehungstätigkeit usw.

Ueber die Bedeutung der Eigenproduktion referierte Fischer-Weipzig. Er führte aus: Wäre die Großverkaufsgesellschaft (GG) lediglich zur Erbringung geschäftlicher Erfolge errichtet worden, so wäre es überflüssig, an dieser Stelle die Bedeutung der genossenschaftlichen Eigenproduktion zu erörtern. Die GG hat höhere Aufgaben zu erfüllen. Die Genossenschaften wollen der Wirtschaft ihren richtigen Sinn wiedergeben, indem sie

### von den Bedürfnissen der Menschen aus

und nicht von den Bedürfnissen des Kapitals her die Wirtschaft regeln. Der wichtigste Schritt zu diesem Ziel ist die von der GG betriebene Güterherstellung. Diese Erkenntnis ist leider noch nicht für jeden Geschäftsführer eines Konsumvereins und die Gesamtheit der Konsumistenslieder zur Selbstverständlichkeit geworden. Es gibt immer noch Konsumvereinsleitungen, die zwar von ihren Mitgliedern unbedingte Treue zur Genossenschaft erwarten, die aber bei ihren geschäftlichen Maßnahmen der GG gegenüber nicht die gleichen Folgerungen ziehen. Sie glauben, an Stelle der GG-Erzeugnisse gewisse Markenartikel im Konsum haben zu müssen. Sie fürchten einen Umsatzzwang, wenn man die Markenartikel der Privatindustrie nicht führt.

Es hieße aber an der genossenschaftlichen Mission verzweifeln, wenn das wirklich so wäre. Bei genügender Aufklärungsarbeit ist es möglich, auf die Erzeugnisse der Privatindustrie zu verzichten. Endlich muß betont werden, daß

### die genossenschaftliche Eigenproduktion

das stärkste Gegengewicht gegen die Beherrschung des Marktes durch das Privatmonopol der Kartelle darstellt. Die kartellmäßig gebundene Wirtschaft wird zu einer immer größeren Gefahr, und ihr in der Errichtung eigener Herstellungsbetriebe der Verbraucher entgegenzuwirken, ist eine Aufgabe von unabsehbarer Bedeutung. Daraus ergibt sich für alle Genossenschaftler die Schlussfolgerung, daß die Eigenproduktion mit allen Kräften und allen Mitteln zu fördern ist, da wir nur auf diesem Wege unserm Ziele näher kommen.

Im Anschluß an das Referat Fischers wurde folgende Entschliebung angenommen: „Es ist das Ziel der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung, dem Verbraucher entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft zu geben. Sie erstrebt an Stelle der herrschenden kapitalistischen Privatwirtschaft die genossenschaftliche Bedarfsdeckungswirtschaft. Der erfolgreichste Schritt auf dem Wege zu diesem Ziel war die Aufnahme der Bedarfsgütererzeugung durch die GG. Durch den Ausbau der zentralen Genossenschaftsgütererzeugung wird die

### Leistungsfähigkeit der Gesamtbewegung gesteigert.

ihre Unabhängigkeit von der Privatwirtschaft gesichert und der wirtschaftliche Einfluß der Verbraucherorganisationen gestärkt, so daß auch vorübergehende allgemeine Wirtschaftskrisen sie nicht zu erschüttern vermögen. Die genossenschaftliche Gütererzeugung bildet das stärkste Gegengewicht gegen die Beherrschung des Marktes durch kartellierte Industrien und die sicherste Bürgschaft eines gerechten, auf den wirklichen Kosten aufgebauten Preises der Güter für den Verbraucher. Die GG hat die Erzeugung in den letzten Jahren in vorbildlicher Weise erweitert. Sie steht vor der Lösung neuer großer Aufgaben; sie hierbei unter stärkerer Betonung der genossenschaftlichen Ziele und Grundzüge durch restlose Deckung des Bedarfs an den in den Eigenbetrieben hergestellten Gütern zu unterstützen und den Umsatz dieser Eigenzeugnisse mit allen Kräften zu fördern, ist Pflicht aller dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften. Insbesondere muß das Gelingen durch die Ausmerzung fremder Markenartikel auf den Gebieten, auf denen die GG seit Jahren gleichwertige, wenn nicht bessere, aber billigere Erzeugnisse herstellt.

Ueber die Rechtsprechung der Zivil- und Finanzgerichte gegen die Konsumvereine führte Dr. Petersen-Hamburg folgendes aus: Genossenschaften, die ihren Geschäftsbetrieb auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränken, betreiben kein Gewerbe. Ihrer Geschäftstätigkeit fehlt das Gewinnstreben. Sie vermitteln ihren Mitgliedern, den Trägern des Unternehmens, Ersparnisse. Die von den Konsumgenossenschaften gewährte Rückvergütung ist daher

### kein verteilter Geschäftsgewinn.

sondern eine Mitgliederersparnis, die wirtschaftlich eine Minderung der Warenbezugspreise darstellt. Bis zu den letzten Jahren haben Gesetzgebung und Rechtsprechung diese aus dem wirtschaftlichen Wesen der Konsumgenossenschaften abgeleiteten Grundzüge allseitig anerkannt. Leider hat sich die Rechtsprechung der neueren Zeit in manchen Fällen über diese Grundzüge und damit über das

## Volksverderber Hafenkruz.

### Gewissenlose Hehe gegen den deutschen Kredit.

München, 10. Juni. (Eigenbericht.)

Im Bayerischen Landtag spielte sich am Mittwoch ein Vorgang ab, der auch nach den nationalsozialistischen Parlamentsstandalen der letzten Jahre seinesgleichen sucht. Im Zusammenhang mit der Beratung des Etats der Bergbauverwaltung wurde die Regierung, insbesondere von den Sozialdemokraten, wegen der von der Bergwerksdirektion geforderten Stilllegung der Luitpoldhütte in Amberg aufgefordert, alles zu tun, um diese für die Arbeiterschaft und die Stadt Amberg drohende Katastrophe abzuwenden. Der Redner der Opposition, der durch seine Wortdehne und andere wüste Affären im Landtag berühmte Abg. Wagner, mußte ein ganz anderes Rezept. Mit zynischen Gebärden prophezeite er den Untergang des ganzen deutschen Bergbaues und des bayerischen Eisenerzbergbaues im besonderen. Die bayerischen Bergwerke seien nicht wert und von der Kreditfähigkeit des bayerischen Staates sei überhaupt nichts mehr übrig geblieben. Wörtlich sagte er dann:

„Wir Nationalsozialisten waren jedenfalls ausdrücklich jeden ausländischen Geldgeber, in dieses bankrotte System nach einer Pfennig hineinzustechen. Es wird der Zeitpunkt kommen, da an der Stelle der heutigen schwarzroten Regierung eine nationalsozialistische Regierung steht. Diese wird dann nicht daran denken, etwaige Kredite, die diesem verfallenen System gegeben worden sind, zurückzugeben.“

Durch empörte Zurufe kennzeichneten die Sozialdemokraten

Wesen der genossenschaftlichen Verbraucherzusammenschlüsse hinweggeleht.

Die verfehlte Rechtsprechung ist nicht nur bei unteren Gerichten festzustellen, auch höchste Instanzen haben bei ihrer Urteilsfindung die fundamentalen Wesensgrundsätze einer Konsumgenossenschaftlichen Unternehmung verkannt. Bei der Anwendung der Steuer-Gesetze wird ausschlaggebend in Betracht gezogen, daß die Konsumgenossenschaften mit dem privaten Einzelhandel im steten Wettbewerb um den Kunden ständen. Sie müßten sich daher im Hinblick auf ihre — angeblich — günstigere Steuerrechtslage

### eine besonders strenge Auslegung des Gesetzes

ergehen lassen. Diese Auslegung, die wirtschaftspolitischen Erwägungen folgt, führt zu Ergebnissen, die dem Wortlaut und Sinn der Steuer-Gesetze nicht mehr entnommen werden können und bei denen den Konsumgenossenschaften keine ihrem Wesen gerecht werdende Behandlung zuteil wird. Jeder objektive Nachlaß für die Rechtsfindung wird dadurch gefährdet. Auch auf dem Gebiet des Wettbewerbsrechts hat sich die Rechtsprechung vielfach in einer den Konsumvereinen ungünstigen Richtung entwickelt. Im Interesse der Erfüllung der sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben der Konsumgenossenschaften muß erwartet werden, daß unter Würdigung des wirklichen Wesens der Konsumgenossenschaften eine Wandlung in der Rechtsprechung eintritt.

Der dem Vortrag folgende Beisatz zeigte, welche Erregung die gegen die Konsumvereine gerichtete Rechtsprechung der letzten Zeit in allen Kreisen der Konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucher ausgelöst hat. Das kam auch in der Aussprache sehr klar zum Ausdruck, in der Verbandssekretär Junghans-Erfurt die gegenwärtige Art der Rechtsprechung und die Thüringische Ausnahme-Gesetzgebung gegen die Konsumvereine stark angriff und für die Konsumgenossenschaften Gerechtigkeit forderte.

Den Ausschlußbericht erstattete Markus-Düsseldorf: Zur Erledigung aller Angelegenheiten, die den Zentralverband und die ihm angeschlossenen genossenschaftlichen Organisationen betreffen haben, sind außer den üblichen Sitzungen der Verwaltungskommission und des Kuratoriums der Heinrich-Kaufmann-Stiftung insgesamt 11 gemeinschaftliche Sitzungen und Konferenzen notwendig gewesen.

Der Redner wies weiter sehr nachdrücklich — hoffentlich befolgen das die Konsumvereine — auf die Notwendigkeit hin, mehr als früher in Wort und Schrift aufklärend über die Zusammenhänge in der Wirtschaft und Politik bei den Verbrauchermassen zu sorgen. Man müsse den Verbrauchern Wesen und Bedeutung der Genossenschaftsbewegung klarlegen. Damit könne man eine Breche in die Zerfahrenheit schlagen, die sich in der Beurteilung der in Frage stehenden Dinge immer wieder zeige. Notwendig sei auch, mit den den Genossenschaften nahestehenden Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten Fühlung zu halten. Nur so könne

### das gegenseitige Vertrauen in allen wichtigen Tagesfragen

herbeigeführt werden. Das Verhältnis zu den den Genossenschaften nahestehenden Presse sei nicht immer das denkbar beste. Ein auf gleichgeartete Interessen und gegenseitigem Verständnis beruhendes, aber im übrigen inniges Verhältnis könne großes Unheil in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die gemeinsamen Gegner verhüten. In der Genossenschaftsbewegung ruhete außerordentlich starke und gesunde Kräfte. Dessen müßten sich die Genossenschaftler bewußt sein: „Klagen wir diese Kräfte aus, so wird der Stieg unser sein. Die Genossenschaften müssen und werden weiter bestehen zum Segen des Volkes.“

Ueber die Pensionskasse des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine berichtete Hugo Bäcklein-Hamburg. Die Zahl der angeschlossenen Genossenschaften betrug am Jahresende 366, die der Mitglieder stieg um 2562 auf 34 345. Es wurden 2 172 000 Mk. Renten gezahlt; das Kasernenvermögen beträgt 34 592 237 Mark. Die Rentenanträge sind gegenüber dem Vorjahr erheblich gestiegen.

Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der turnusmäßig ausscheidenden Vorstandsmitglieder. An Stelle des freiwillig ausscheidenden ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedes Berger-Hamburg wurde Everling-Hamburg gewählt, nachdem zunächst einstimmig beschlossen war, für das ausgeschiedene geschäftsführende Vorstandsmitglied Hoffmann-Hamburg keine neue Wahl vorzunehmen.

Nach einstimmiger Genehmigung der Jahresrechnung und des Voranschlags für 1931 dankte der Präsident des Genossenschaftstages der Stadt Magdeburg, der gastgebenden Genossenschaft und allen denen, die zum Gelingen und der erfolgreichen Durchführung beigetragen haben. Der Redner faßte das Ergebnis des Genossenschaftstages noch einmal zusammen und betonte die Notwendigkeit der Erziehung der Mitglieder zu treuen Genossenschaftlern. An der granitenen Mauer des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine werde der Ansturm der sogenannten Opposition eisd zerschellen. Er schloß mit den Worten: „Wir werden es schaffen, die Konsumvereine aus dieser Notzeit glücklich herauszuführen, wenn wir alle unsere Pflicht erfüllen!“

diesen Landesverrat des Hafentruyschiffers, der sich in dieser Form zum erstenmal auf der Tribüne eines deutschen Parlaments gewagt hat. Der Präsident ließ das Verbrechen in Ruhe geschehen. Er erteilte dem Hitler-Heher weder einen Ordnungsruf noch eine Rüge. Für den passiven Präsidenten, der sonst in nationaler Entflammung nicht genug tun kann, fand wenigstens der stellvertretende Finanzminister, dem die staatlichen Betriebe unterstellt sind, einige Worte der Entrüstung. Er bedauerte, daß ein Abgeordneter durch solche Reden die Kreditfähigkeit des Staates zu beeinträchtigen suche.

## Englands Erwerbslosigkeit.

### Die Flut steigt wieder.

Die Zahl der Erwerbslosen in England hat sich in der Zeit vom 18. Mai bis zum 1. Juni um 123 034 Personen vermehrt. Sie betrug am 1. Juni rund 2 630 000 Personen.

Dieses starke Ansteigen der Arbeitslosigkeit während der günstigsten Saisonzeit im Jahre ist ein Zeichen, wie ernst die Wirtschaftslage in Großbritannien ist. Man darf sich durch die Differenz, die zwischen den deutschen und englischen Erwerbslosenziffern — 4 Millionen gegen 2,63 Millionen — nicht täuschen lassen. Bei einer Einwohnerzahl von nur 45 Millionen gegen 62 Millionen deutscher Bevölkerung entspricht die Zahl der englischen Erwerbslosen einer Arbeitslosenzahl von 3,94 Millionen Personen in Deutschland. Der Krisendruck lastet also auf den wertvollsten Massen Großbritanniens mit der gleichen Schärfe wie hier.

## Regierung, Parteien, Notverordnung.

Abänderungswünsche von allen Seiten.

Der Reichskanzler und der Reichsaußenminister sind am Mittwochnachmittag nach Berlin zurückgekehrt. Am Donnerstagsvormittag werden sie das Kabinett über ihre Besprechungen in Chequers informieren. Im Zusammenhang damit wird die innen- und außenpolitische Lage erörtert werden. Nachmittags beabsichtigt der Reichskanzler die Parteiführer zu empfangen. Am Freitag reist er zur Information des Reichspräsidenten nach Neudeck. Am Sonntag will er in Hildesheim, wo sich die Reichstagsfraktion des Zentrums versammelt, eine Rede halten.

Der Reichskanzler ließ sich am Mittwoch von Mitgliedern des Kabinetts über die durch die Notverordnung hervorgerufene innenpolitische Lage informieren.

In unterrichteten Kreisen verlautet, wie der „Sozialdemokratische Pressedienst“ meldet, daß der Reichskanzler unter gewissen Voraussetzungen bereit sein soll, einer Erörterung der Notverordnung in einem Reichstagsauschuß seine Zustimmung zu geben. Er wendet sich jedoch nach wie vor mit aller Entschiedenheit gegen die Einberufung des Reichstags.

Die Volkspartei, die heute Fraktionsitzung hat, soll entschlossen sein, die Einberufung des Reichstags zu fordern, um der Regierung Berlegenheiten zu bereiten.

Der Gesamtvorstand der Wirtschaftspartei tagte am Mittwoch im Preussischen Landtag gemeinsam mit Vertretern der Fraktionen der Partei im Reichstag und in den Länderparlamenten, um zur Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni Stellung zu nehmen. Es wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

„Die Notverordnung hat das deutsche Volk bitter enttäuscht. Daher fordert die Wirtschaftspartei die sofortige Einberufung des Reichstags und die Aufhebung der Notverordnung, deren Bestimmungen im besonderen auch die Existenz des Mittelstandes in nicht zu überbietender Weise bedrohen. Mit allem Nachdruck verlangt die Wirtschaftspartei die sofortige Aufrollung des gesamten Reparationsproblems mit dem Ziele der Einstellung sämtlicher Tributleistungen.“

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei erhob am Mittwochabend in einer Fraktionsitzung gegen mehrere Bestimmungen der Notverordnung erhebliche Bedenken. Die Fraktion gab der Anschauung Ausdruck, daß durch Verhandlungen Änderungen herbeigeführt werden müßten. In den nächsten Tagen wird die Fraktion nochmals zusammentreten, um endgültig Stellung zu nehmen.

Die Reichsführung des Christlichsozialen Volksdienstes teilt mit, daß sie der Auffassung ist, daß die durch die Notverordnung dem deutschen Volke auferlegten neuen Lasten nur ein zeitweiliges tragbar sind, wenn die Reichsregierung unverzüglich die Revision der Tributleistungen in Angriff nimmt. Der Volksdienst sei bereit, die unerlässliche Abstellung offensichtlicher Mängel der Notverordnung hinter diesen Gesichtspunkt zurückzustellen. Die zum 16. Juni nach Berlin einberufene Reichstagsfraktion werde ihre Haltung zur Frage der Einberufung des Reichstages von der Stellungnahme der Reichsregierung zu diesen Forderungen abhängig machen.

Die Landvolkpartei läßt mitteilen, daß sie sich zunächst abwartend verhält.

## Notverordnung und Angestellte.

Eine Erklärung des AFA-Bundes.

Der AFA-Bundesvorstand teilt mit:

Die Notverordnung vom 5. Juni enthält neben den bereits allgemein bekannt gewordenen unerhörten Verschlechterungen und Belastungen der gesamten Arbeiterklasse auch eine Reihe von besonderen Eingriffen in den gesetzlichen Angestelltenrecht und das bestehende Angestelltenrecht. Die Behörden-, Bergbauangestellten und eine Reihe weiterer Gruppen werden auch noch in einzelnen Sonderbestimmungen der Notverordnung hart getroffen. Der AFA-Bund wird selbstverständlich in der Bekämpfung dieser Notverordnung diese Angriffe auf das soziale Recht und die Lebenshaltung der Angestellten mit aller Schärfe zurückweisen. Er hält jedoch angesichts der großen politischen und sozialen Gefahr statt eines Sondervorgehens der einzelnen Arbeitnehmergruppen die geschlossene Abwehr aller Gewerkschaften für notwendig. Aus diesem Grunde wird der AFA-Bund in Gemeinschaft mit dem ADBB zur Notverordnung und der damit entstandenen Lage Stellung nehmen. (Ist inzwischen geschehen. Siehe Leitartikel, Red. d. B.)

## Strafbefehle am laufenden Band.

Regierungsstaten des Naziministers Franzen.

Braunschweig, 10. Juni. (Eigenbericht.)

Über 1000 Strafbefehle hat der Naziminister Dr. Franzen bisher denjenigen Eltern zugehen lassen, deren Kinder am Schulstreik der weissen Schulen am 10. und 11. April d. J. teilgenommen haben. Über 1500 weitere Strafbefehle stehen noch aus. Das Polizeipräsidium läßt täglich etwa 100 Strafbefehle, die über 2 bzw. 3 Tage Haft lauten, herausgehen. Obwohl alle Eltern auf Veranlassung des Weissen Elternbundes gegen die Strafverfügung Einspruch erheben, arbeiten die Behörden schematisch weiter. Um diesem Unfug ein Ende zu machen, hat die sozialdemokratische Fraktion dem Braunschweigischen Landtag am Mittwoch einen Amnestiegesetzentwurf zugehen lassen, nach dem alle Strafen, die anlässlich des Schulstreiks verhängt worden sind bzw. verhängt werden, niedergeschlagen werden sollen. Die Annahme des Entwurfs hängt von der Stellungnahme der Volkspartei ab.

## Braunschweig vor der Pleite.

Braunschweig, 10. Juni. (Eigenbericht.)

Die nationalsozialistische Regierung Braunschweigs steht vor der Pleite. Ihr Finanzminister erklärte am Mittwoch im Haushaltsauschuß, daß er selbst Ausgaben, die vom Landtag bereits beschlossen seien, nicht mehr ausführen werde und neue Ausgabenbeschlüsse nicht mehr annehmen könne. Es seien für Braunschweig weder in- noch ausländische Kredite zu erhalten.

Fremde Kriegsschiffe in deutschen Häfen. Im Laufe des Sommers 1931 werden eine Reihe von deutschen Häfen von englischen, schwedischen, holländischen und argentinischen Kriegsschiffen besucht werden.

## Die Heldenschar.



„Das Belastungsmaterial stammt nur von nationalsozialistischer Seite.“  
(Feststellung des Vorsitzenden im Prozeß gegen die Fensterwerfer.)

## Ernsteste Krawalle in Mannheim.

Barrikaden in der Unterstadt. — Schüsse auf die Polizei.

Mannheim, 10. Juni.

Im Anschluß an eine kommunistische Protestkundgebung gegen die neue Notverordnung kam es am Mittwochabend an verschiedenen Plätzen und Straßen der Innenstadt zu schweren Ausschreitungen der Demonstranten. Die Polizei machte wiederholt von dem Gummiknüppel Gebrauch und nahm mehrere Personen fest.

In der weissen Unterstadt wurden aus Brettern, Eisenstangen, Müllkästen, Wagenteilen usw. auf verschiedenen Straßen Barrikaden errichtet und das Pflaster aufgerissen. Sämtliche Laternen in diesen Straßen wurden eingeworfen, so daß um 22 Uhr die Straßenzüge völlig im Dunkeln lagen. Der Verkehr auf den Straßen ist lahmgelegt. Die Wirtschaften und Geschäfte haben ihre Schaufenster durch Rollläden gesichert. Die Straßen waren von meistenteils jungen Personen stark bevölkert.

Kurz nach 22 Uhr ging die Polizei gegen die Ruhestörer vor. Von einer Barrikade aus wurde scharf auf die Polizei geschossen. Nach den bisherigen Feststellungen wurde jedoch noch niemand verwundet. Die Polizei hat bis jetzt nur Schrotschüsse abgegeben. Hinter der Polizei rücken Feuerwehreinheiten nach, die die Hindernisse beseitigen. Bei den Barrikaden wurden Steine und Lüten mit Erde gefunden, die wohl als Wurfgeschosse dienen sollten. In der Nacht wurde die Polizei weiter verstärkt.

## Demonstrationsversuche in Hamburg.

Kommunistische Ansprache vor dem Rathaus.

Hamburg, 10. Juni.

Die hamburgische Bürgerschaft ist um 6 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammgetreten. Seit dieser Zeit versuchen die Kommunisten, vor dem Rathaus und in den angrenzenden Straßen zu demonstrieren. Das sehr starke Polizeiaufgebot beherrscht die Lage. Der Rathausmarkt wurde geräumt. Bis zum Abend ist es zu wirklich ernststen Zwischenfällen nicht gekommen.

Wie der Präsident der Bürgerschaft während der Sitzung mit-

teilte, haben kommunistische Abgeordnete von ihrem Fraktionszimmer aus Ansprachen an die Massen auf der Straße gehalten. Der Präsident legte gegen ein solches Verhalten die schärfste Verwahrung ein.

## Ausschreitungen in Wuppertal.

Wuppertal, 10. Juni.

In den Nachmittags- und Abendstunden kam es in der Innenstadt an verschiedenen Plätzen wiederholt zu großen Ansammlungen halbwüchsiger Burschen. In der Nähe des Alten Marktes warfen sie die Schaufenster eines Lebensmittelgeschäfts ein und versuchten, in das Geschäft einzudringen und zu plündern; es gelang jedoch einem Verkehrspolizisten, die Menge mit seiner Waffe solange in Schach zu halten, bis das Ueberfallkommando zur Stelle war, das die Ruhestörer zerstreute. In den Abendstunden kam es in Barmer abermals zu großen Ansammlungen von Erwerbslosen, die durch die Polizei aufgelöst wurden. Im Laufe des Tages wurden zwei Verhaftungen vorgenommen.

## Zusammenstöße in Kassel.

Kassel, 10. Juni.

Am Dienstagabend versammelten sich in der Altstadt und besonders auf dem Almarkt starke Gruppen kommunistischer Parteigänger, um gegen die Notverordnung öffentlich zu demonstrieren. Ein Schusspolizist wurde von einer Gruppe Kommunisten angefallen und schwer verletzt. Das Zentrum der Altstadt sowie alle Zufahrtstraßen nach der Altstadt waren bis Mitternacht für jeden Verkehr gesperrt.

## Bersammlungs- und Umzugsverbot in Duisburg.

Duisburg-Hamborn, 10. Juni.

Infolge der Ereignisse der vergangenen Tage hat der Polizeipräsident auf Grund der Verordnung vom 28. März 1931 für den Präsidialbezirk Duisburg-Hamborn bis auf weiteres alle Bersammlungen und Umzüge unter freiem Himmel verboten. Von dem Verbot sind Beizenzüge usw. ausgenommen.

## Feststellung im Untersuchungsausschuß.

Die Vorgänge im Statistischen Landesamt.

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags zur Nachprüfung der Personalpolitik im Preussischen Statistischen Landesamt hielt am Mittwoch seine abschließende Sitzung ab. Das Untersuchungsergebnis des Ausschusses wurde in einer Reihe von „Feststellungen“ zusammengefaßt.

Annahme fand ein Antrag Riedel (Staatsp.), der feststellt, daß nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme bis zum 1. April 1928 eine partei- und gewerkschaftspolitische Beeinflussung der Personalpolitik im Preussischen Statistischen Landesamt nicht festzustellen sei. Dagegen seien seit April 1928 leider mehrere Fälle von partei- und gewerkschaftspolitischer Behandlung bei Einstellung, Abbau und Weiterbeschäftigung vorgekommen. Von dem Angestellten Posner sei eine wesentlich falsche dienstliche Meldung an den Präsidenten des Statistischen Landesamts anlässlich der Nachforschung nach dem Verfasser des „Vorwärts“-Artikels über „Hakenkreuzler im Landesamt“ abgegeben worden.

Angenommen wurde weiter der Zentrumsantrag, der folgende Feststellungen trifft:

1. Der Personalbearbeiter, Regierungsdirektor Dr. Cassau, bediente sich zur Bearbeitung von Personalfragen des Angestellten Posner, dem er außergewöhnliche Arbeiten und Nachtvollkommenheiten übertrug hatte. Posner hat auf Grund dessen ein System herausgebildet, wonach er selbst die wichtigste und entscheidende Stelle in Personalfragen war.

2. Posner hat mehrfach Personalangelegenheiten ohne Grund partei- und gewerkschaftspolitisch beeinflusst und dadurch das in ihn gesetzte Vertrauen seiner Vorgesetzten mißbraucht. Seine Vorgesetzten hat er falsch beraten. Dadurch hat der Innenminister falsche Unterlagen für seinen Brief an den Abg. Dr. Heß erhalten. Angestellte wurden grundlos verdrängt. Ueber Vorgesetzte hat sich Posner sehr abfällig geäußert. Nachdem die Regierung durch ihre Vertreter im Ausschuß erklärt hat, daß der Angestellte Posner aus dem Statistischen Landesamt ausgeschieden sei, erwartet der Ausschuß, daß Ruhe und Ordnung in dem Amte eintreten werden.

3. Für die Arbeit des Angestellten Posner war der Regierungsdirektor Dr. Cassau verantwortlich. Um in Zukunft solche Vorgänge zu verhüten, ersucht der Ausschuß: das Staatsministerium wolle veranlassen, daß der Personalbearbeiter mit dem Sachdezernenten ohne Einschaltung unverantwortlicher Personen zusammenarbeitet.

4. Der Ausschuß spricht die bestimmte Erwartung aus,

daß Angehörigen des Amtes, Beamten wie auch Angestellten, aus wahrheitsgemäßen Zeugenaussagen vor dem Ausschuß keinerlei dienstliche Nachteile entstehen.

Der Ausschuß nimmt Kenntnis von den Erklärungen der Regierung, daß sie solche eventuelle Benachteiligungen verhindern wird.

Die übrigen dem Ausschuß noch vorliegenden Anträge wurden durch die mit 8 gegen 7 Stimmen (!) getroffenen Feststellungen als erledigt erklärt.

## Oldenburg nach der Wahl.

Razi als Landtagspräsident. — Beamtenregierung bleibt.

Der am 17. Mai neu gewählte oldenburgische Landtag wählte in seiner ersten Sitzung den nationalsozialistischen Kandidaten Eichler mit 34 von 48 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten, nachdem vorher noch von den Nationalsozialisten eine Erklärung verlangt worden war, daß sie die Geschäftsordnung und Verfassung des Landtages zu respektieren bereit seien.

Darauf gab Ministerpräsident Casselbohm eine kurze Erklärung ab, in der er sagte, die Regierung sei trotz Veränderung des Landtages der Auffassung gewesen, daß das Beamtenministerium seine Aufgabe fortzuführen müsse, es sei denn, daß der Landtag anderweitige Beschlüsse fasse. Das Ministerium halte dies für umso notwendiger, als es nach dem Ausgang der Wahl zweifelhaft erscheinen müsse, daß der Landtag überhaupt in der Lage sein werde, ein neues Ministerium zu bilden.

Die Nationalsozialisten ließen durch ihren Sprecher erklären, daß sie die jetzige Regierung dulden würden, da die Wahl nicht die Möglichkeit einer Regierungsneubildung gegeben habe.

## Berliner Vertrag wird verlängert.

Am 29. Juni läuft der im Jahre 1926 auf fünf Jahre zwischen Deutschland und der Sowjetunion abgeschlossene Berliner Vertrag ab. Der Vertrag sah weder eine automatische Verlängerung noch eine Kündigungsfrist vor, sondern enthielt lediglich die Bestimmung, daß die vertragsschließenden Parteien sich rechtzeitig vor Ablauf des Vertrages über dessen Verlängerung verständigen würden. Diese Fühlungnahme ist auf diplomatischem Wege zwischen Berlin und Moskau erfolgt mit dem Ergebnis, daß der Berliner Vertrag in allen seinen wesentlichen Bestimmungen verlängert werden wird.

**Theater,  
Lichtspiele usw.**

Donnerst., 11. 6.  
**Staats-Oper**  
Unter d. Linden  
283. A.-V.  
20 Uhr  
**Eine Nacht in Venedig**  
Ende g. 22 1/2 Uhr

Donnerst., 11. 6.  
**Städt. Oper**  
Bismarckstr.  
Turnus II  
20 Uhr  
**Das Spitzentuch der Königin**  
Ende n. 23 Uhr

**Staats-Oper**  
Am Platz der Republik  
V.-B.  
20 Uhr  
**Madame Butterfly**  
Ordnung. Kartenverkauf  
Ende g. 22 1/2 Uhr

**Staatl. Schausp.**  
(am Gendarmenmarkt)  
243. A.-V.  
20 Uhr  
**Agamemnon**  
Ende n. 22 Uhr

**Staatl. Schiller-Theater, Charlitz**  
20 Uhr: Zum 25. Male  
**100 000 Taler**  
Ende gegen 23 Uhr

**SCALA**  
Tägl. 8 und 8 1/2 Uhr  
Edmond Fritze  
**Singing Babies**  
Mas Wynn  
u. Buddy  
18 Sektoren usw.

**PLAZA**  
Tägl. 8 u. 8 1/2 Uhr  
DAS TAGES-  
GESPRÄCH  
BERLINS  
**VIKTORIA  
UND IHR  
HUSAR**

**Guido Thielscher**



ernt Stürme der Begeisterung  
**im Rose-Theater**  
„Der Jubel ist groß und be-  
rechtigt.“  
(Tempo)

Nur noch 14 Tage:  
„Der wahre Jakob“  
Wochent., 8 1/2, Sonnt. 9 1/2 u. 9 Uhr

**Rose-Garten**  
Das erste Sommer-  
theater Berlins!  
Wochent., 8 1/2 Uhr, Sonnt. 8 Uhr  
Großes Konzert und inter-  
nationaler Varietéteil.  
Schliefste Woche: Die Schwank-  
operette: „Das Liebesverbot“.  
Ab 15. Juni vollständig neuer  
Varietéteil u. die Operette von  
Josef Snags: „Der Hut-  
macher Sr. Durchlaucht“

Gr. Frankfurter Str. 132  
E. 7. Weichsel 3422  
U-Bahn Strausberger Platz  
Billetkaase geöffnet von 11—1  
und 4—9 Uhr.

**metropol-Theater**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Die Toni  
aus Wien**  
Mady Christians,  
Michael Böhnen

Wo spaziert man  
gut und billig?  
In u. v.  
**Gross-Berlin  
Alexanderplatz**

**Winter  
Garten**  
8.15 Uhr Flora 3434 Rauchen erlaubt  
Kirchweih am Tegernsee  
Rehla — Kempe — Boots  
Krehan, Tucher & Co. usw.

**Volksbühne**  
Theater am Bülowplatz.  
8 Uhr  
**Lumpazivagabundus**

**Staatl. Schiller-Th.**  
8 Uhr  
**100 000  
Taler**

**Staatsoper**  
Am Pl. d. Republik  
8 Uhr  
**Madame  
Butterfly**

**Komische Oper**  
Friedrichstr. 104  
8 1/2 Uhr  
**Frauen haben  
das gern...**  
Musikal. Schwank  
von Arnold  
Musik v. Walt. Kollo  
Sommerpr. 6.50-7.00

**eslog - Theater**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
Zum goldenen  
Anker  
Valetti, Tiedtke,  
Wiemann, Horny,  
Stössel, Faber,  
Walter.

**Ette-Singer**  
Kottbuser Str. 6  
Tägl. 8 1/2 u.  
Die große An-  
staltungs-  
Neue Preis  
Lädt schöne  
Frauen um  
mich sein!  
von Harry Walden

**HAUS VATERLAND**  
KOTTBUSER STR. 6  
TÄGL. 8 1/2 UHR  
**Vergnügungs-  
Restaurant  
Berlins**  
BETRIEB  
KEMPINSKI

**Reichshallen-Theater**  
Allabendlich 8 Uhr  
**Stettiner  
Sänger**  
Wiederholungen Paul Britton  
Zum Schluß der Schwank  
„Alles verrückt!“

**Margarete Walkotte**  
Bin-Steglitz, Fichtestr. 10. Tel. Stegl. 3684  
Lieder zur Laute - Rezitationen

**Sie müssen bei mir kaufen!**

Meine Preise und Qualitäten zwingen Sie, mein Kunde zu werden. — Ich verkaufe, solange der Vorrat reicht, einige Tausend Flaschen

**Deutsche Weißweine**  
darunter Original-Abfüllungen u. erstklassige Cressenzen, deren früherer Preis bis zu RM 7.75 betragen hat, zum Einheitspreis von 1.75

Zitronensaft mit feinst. Raffinade eingekocht, Ltr. 1.20  
Kirschsaff-Orangeade „ „ „ Ltr. 1.35  
Himbeersaft, ganz rein „ „ „ Ltr. 1.50

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer, Gastwirte, Kantinen  
Man achte auf die Plakate in meinen Schaufenstern.

**EDUARD SÜSSKIND** Größtes Spezial-  
geschäft seiner Art  
i. ganz Deutschland

**Echte Dessert-Obstweine, süß, la. . . Liter von 0.72 an**  
**Echte Original-Südweine, süß, la. . . „ 1.20 „**  
**Weinbrandverschnitte \*\*\*Stern. . . . . 3.60 „**  
**Echte Weinbrände \*\*\*Stern. . . . . 4.40 „**  
**Echte Edelkörner „Qualität“ . . . . . 2.95 „**  
**Prima Weißwein, Martiner Berg . . . . . 0.75 „**  
**Niersteiner Liebfraumilch-Oppeh. . . . . 0.95 „**  
**Rote und weiße Bordeauxweine . . . . . 1.50 an**

**Direkter Verkauf vom Faß — Kostproben gratis!**  
Preise ohne Glas.

**BERLIN:**  
N, Brunnenstraße 42  
N, Müllerstraße 144  
N, Chausseestraße 76  
O, Koppenstraße 86  
N, Prenzlauer Allee 50  
O, Petersburger Str. 42  
SO, Grünauer Straße 15  
SO, Köpenicker Str. 121  
W, Martin-Luther-Str. 86  
Steglitz: Schloßstraße 121  
Lankwitz: Charlottenst. 34

**Charlottenburg:** Wilmersdorfer Str. 157  
**Neukölln:** Berliner Str. 12 u. Hermannstr. 27  
**Schöneberg:** Kolonnenstraße 9  
**Oberschöneweide:** Willhelminenhofstr. 40  
**Moabit:** Gotzkowskystraße 31  
**Moabit:** Wilsnacker Straße 25  
**Spandau:** Potsdamer Straße 23  
**Weißensee:** Berliner Allee 247  
**Tempelhof:** Berliner Straße 152  
**Pankow:** Wollankstraße 98  
**Lichtenberg:** Wismarplatz 1

**Etwas  
Besonderes!**

**Diese Badeausrüstung**

|                   |                             |       |
|-------------------|-----------------------------|-------|
| 1 Bademantel      | modernes Tweedmuster        | 11,25 |
| 1 Badetrikot      | reine Wolle, gestrickt..... | 3,50  |
| 1 Paar Badeschuhe | Gummi, viele Farben.....    | 1,25  |
| 1 Schwimmhelm     | starker Gummi.....          | 0,90  |
| 1 Gürtel          | mit Schnalle.....           | 0,35  |

**kostet nur 17.25**

**So modern  
und trotzdem  
So billig!**

Verkauf soweit Vorrat  
Mengenabgabe vorbehalten

**HERMANN**



**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsmittglieder!  
Freitag, den 12. Juni, abends 7 Uhr,  
Sitzung der Mittlern Verwaltung.  
Die Ortsverwaltung.

**Herde 18**  
MONATS RATEN

**Raddatz**  
Berlin, Leipzigerstr. 122-123

**Große Trauring-Fabrik**  
verkauft fugenlose Trauringe direkt an Private

|        |                                   |
|--------|-----------------------------------|
| 1 Ring | 333 gestemp. nur 4.50 bis 7.50 Mk |
| 1      | 585 „ leicht 6.—                  |
| 1      | 585 „ mittel 11.50                |
| 1      | 585 „ schwer 13.75                |
| 1      | 900 „ leicht 15.50                |
| 1      | 900 „ mittel 20.50                |
| 1      | 900 „ schwer 27.—                 |

Katalog gratis

Garantieobels. Gravieren gratis sofort z. Mitnehmen  
N, Artilleriestraße 30  
W, Passauer Str. 12  
S, Kottbuser Damm 2

**Hermann Wiese**

**Und ist Dein Urlaub noch so klein,  
im Café Schöneberg mußt Du gewesen sein!**  
Inhaber: Wolfgang Grunge, Hauptstraße 23/24

**In unserem Warenhaus am Oranienplatz  
veranstalten wir ab Montag, den 8. Juni 1931, ganz besonders billige**

**Serientage in Waschkleidern**

|   |             |   |             |   |              |
|---|-------------|---|-------------|---|--------------|
| <b>SERIE 1</b> Jugendl. Sommerkleider aus Waschkunstseide, Baumwoll-Musseline und Voile . . . . . Gr. 38-42 | <b>1.75</b> | <b>SERIE 2</b> Jugendliche Sommerkleider aus Voile mit langen Ärmeln Gr. 40-42 . . . . .  | <b>3.75</b> | <b>SERIE 3</b> Jugendliche Sommerkleider aus Waschkunstseide, Wollmusseline und Voile . . . . Gr. 40-44 | <b>5.75</b>  |
| <b>SERIE 4</b> Kleider aus Voile und Foulardine mit langen Ärmeln Gr. 40-46 . . . . .                       | <b>7.75</b> | <b>SERIE 5</b> Kleider aus Wollmusseline, Bast-Seide und Foulardine Größe 40-44 . . . . . | <b>9.75</b> | <b>SERIE 6</b> Frauen-Kleider aus Voile mit langen Ärmeln Größe 44-48 . . . . .                         | <b>12.75</b> |

Besichtigen Sie bitte die Ausstellung unserer Schaufenster

**KONSUM-WARENHAUS**

**ORANIENSTRASSE 164-65**




# Billigere Wohnungen.

## Großzügiges Siedlungswerk in Haselhorst. — 1200 Wohnungen fertiggestellt.

Song- und Klanglos ist die Feiertagezeit mit so großen Hoffnungen ins Leben getretene Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen wieder in der Vertiefung verschwunden. Beinahe schien es, als sei alle hier für die Rationalisierung und größere Wirtschaftlichkeit im Baubereich geleistete Arbeit nutzlos verfallen worden, weil praktische Auswirkungen nirgends zu sehen waren. Das großzügige Siedlungswerk, das jetzt in Haselhorst, jener kleinen zwischen Siemensstadt und Spandau gelegenen alten Arbeiterstadt, von der Gemeinnützigen Wohnungsbau A.-G. Groß-Berlin durchgeführt wird, zeigt, daß die Reichsforschungsgesellschaft doch nicht ein völlig wertloses Dasein gefristet hat. Denn die jetzt von der Wohnungsgesellschaft, deren Aktienkapital von 500 000 Mark sich zu je 50 Prozent in Händen Preußens und des Reiches befindet, durchgeführte Großsiedlung geht auf den Plan der Reichsforschungsgesellschaft zurück, in Haselhorst eine muster-gültige Forschungssiedlung erstellen zu lassen. Mitten in Berlin und an der Peripherie der Riesstadt sind in den Nachkriegsjahren zahl-reiche ähnliche Siedlungen entstanden. Wenn die neue Stadt in Haselhorst ganz besondere Beachtung verdient, so, weil hier der Nach-weis geglättet ist, daß es durchaus möglich ist, Neubauwohnungen von höchstehender Qualität zu erstellen, deren Mieten auch von den minderbemittelten Arbeitern und Angestellten bezahlt werden können.

Die Gemeinnützige Wohnungsbau A.-G., die maßgeblich von zwei um den gemeinnützigen Wohnungsbau sehr verdienten Sozialdemokraten, dem seit zwanzig Jahren praktisch im Wohnungswesen tätigen Genossen S. Neper, Ministerialdirektor im Preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt, und dem Genossen Richard Linne — technischer Leiter ist Direktor Kurt Gorgas — geleitet wird, hat den ersten Bauabschnitt der Großsiedlung fertiggestellt. Es handelt sich um 1200 Wohnungen, von denen etwa ein Drittel rund 50 Quadratmeter und zwei Drittel rund 58 Quadratmeter groß sind. Die Wohnungen, die aus zwei bzw. zweieinhalb Zimmern, Küche, Bad und Balkon bestehen, kosten im Durchschnitt eine Miete für die kleineren Wohnungen von rund 30 M. und für die größeren Wohnungen von rund 60 M. monatlich. Der zweite Teil, der 700 Wohnungen umfaßt und bereits in Angriff genommen ist, wird nach dem im vorigen Jahre von der Reichsregierung aufgestellten Wohnungsnotprogramm durchgeführt. Hier kommen die viel umstrittenen Kleinstwohnungen zur Erstellung, die bei einer Nutzfläche zwischen 36 bis 45 Quadratmeter eine Monatsmiete von 33 bzw. 45 M. erfordern werden.

### 4000 Arbeiter haben Beschäftigung gefunden.

Wie der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Gemeinnützigen Wohnungsbau A.-G. Groß-Berlin, Genosse Neper, erklärte, hat die Gesellschaft auf Veranlassung Preußens und des Reiches das groß-zügige Werk in Angriff genommen, um den Nachweis zu erbringen, daß auch ohne Anwendung besonderer Mittel die Möglichkeit besteht, Wohnungen in einwandfreier Qualität zu Mietpreisen zu erstellen, die auch von den minderbemittelten Schichten getragen werden können. Dieser Versuch kann nach Vollendung des ersten Bauabschnitts durchaus als gelungen bezeichnet werden. Der anerkannte Fachmann sprach in diesem Zusammenhang von einem „Herumwerfen des Ruders im Wohnungsbau“

durch die verantwortlichen Stellen. Er betonte, daß die relativ niedrigen Mieten in Haselhorst erreicht worden sind, ohne daß irgend-welche Zusatzhypotheken, wie sie sonst meist üblich sind, gewährt wurden.

Durch die Inangriffnahme der Siedlung, die durch die unmittelbare Nähe der elektrischen Schnellbahn Gartenfeld—Jungfernheide

mit Anschluß an die Stadt- und Ringbahn und zweier nach dem Stadtzentrum führenden Straßenbahnlinien auch verkehrlich günstig liegt, haben insgesamt rund 4000 Berliner Arbeiter wieder Beschäftigung gefunden. Die Pläne für die Wohnungen sind von Professor Dr. Mebes und Regierungsbaumeister a. D. Emmertich in Zusammenarbeit mit dem Architekten Fred Forbat entworfen worden. Eine sehr geschickte moderne Zeilenbebauung ermöglicht die Anlage großer Grünflächen mit bestmöglicher Besonnung und Belüftung der Wohnungen. Wie Ministerialrat Dr. Schmidt vom Reichsarbeitsministerium betonte, sind bei der praktischen Durchführung der Siedlung alle von der Reichsforschungsgesellschaft angeregten Versuche und Forschungen gleichzeitig durchgeführt worden. Neben der normalen Ziegelbauweise mit Holzbalkendecken sind die verschiedenen Bauweisen ausprobiert worden, und zwar vor allem eine Stahlbauweise mit fünf verschiedenen Außenwandmaterialien, ferner verschiedenartige Kaffibodenkonstruktionen sowie die neuesten technischen Errungenschaften. Eine

vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Arbeitsgemeinschaft wertet die Forschungen aus, um sie der Fachwelt zugänglich zu machen.

### Wie die Mieterschaft sich zusammensetzt.

Wie stark die Nachfrage nach relativ billigen Neubau-wohnungen ist, zeigt die Tatsache, daß alle bisher erstellten Woh-nungen vollkommen vergeben sind, und daß für die in Angriff ge-nommenen 700 Kleinstwohnungen, die in der Hauptsache eine Miete von 33 M. kosten werden, bereits 1300 Bewerber eingetragen sind. Verschiedene um Spandau gelegene Baugesellschaften, bei denen durchschnittlich die Miete für 2½-Zimmer-Wohnungen sich zwischen 70 bis 90 M. bewegt, müssen schon heute feststellen, daß ihre Mieter ausziehen, um eine billigere Wohnung in der neuen Haselhorster Siedlung einzunehmen. Bei der Finanzierung sind rund 42 Proz. durch die erste Hypothek, 45 Proz. durch die Hauszinssteuer und 13 Proz. durch Eigenkapital der Gesellschaft aufgebracht worden. Sehr interessant ist die Zusammenlegung der zukünftigen Mieterschaft. Nach den Mitteilungen Direktor Linnetes rekrutieren sich rund 35 Proz. der für die erstellten 1200 Wohnungen vor-gesehenen Mieter aus Angestellten und Arbeitern der Siemens-Werke. 15 Proz. der Mieterschaft haben ihre Beschäftigung bei den Usram-Werken. Der Rest hat seine Arbeitsstätten in Berlin und will aus Gründen der billigeren Miete aus der Stadt hinaus an die Peripherie ziehen.

# Schwarzer Tag im Verkehrsgefriebe.

## Autobus gegen Straßenbahn / 12 Verletzte / Motorradunglück fordert 2 Tote.

In den gestrigen Abendstunden ereigneten sich am Brandenburger Tor und in Lichtenberg im Straßenverkehr zwei folgenschwere Zusammenstöße, die zwei Todesopfer sowie eine große Zahl von Schwer- und Leichtverwundeten forderten.

Am Brandenburger Tor fuhr kurz vor 19 Uhr ein vollbesetzter Autobus der Linie 11 auf den Hinterperon eines Straßenbahnwagens der Linie 78 auf. Der Zusammenprall erfolgte mit so großer Gewalt, daß der Kühler des Autobus völlig eingedrückt und zahlreiche Scheiben zertrümmert wurden. Die Fahrgäste des Straßenbahnwagens, der gleichfalls erhebliche Beschädigungen auswies, kamen zum großen Teil mit dem Schrecken davon. Für die Insassen des Autobus entstanden sehr schwere Folgen. Die Fahrgäste wurden sämtlich von ihren Sitzen geschleudert und bei dem entstehenden heillosen Durcheinander mehr oder minder schwer verletzt. Eine Reihe von Personen, darunter zahlreiche Frauen, erlitten Kervenverletzungen, Schnittverletzungen durch herumschlagende Glasplitter und starke Quetsch-wunden. Von den in der Nähe der Unfallstelle postierten Verkehrs-posten wurden sofort alle Maßnahmen ergriffen, um für den Ab-transport der Schwerverletzten zu sorgen.

- Sechs Fahrgäste, der 47jährige Bäckermeister Moritz Schaul aus der Müllerstraße, der 16jährige Heinz Wieland, Ostbahnhof 8 wohnhaft, die 23jährige Studentin Dirmgard Feige aus der Sigismundstraße, die 61jährige Witwe Bertha Sah aus der Bandelstraße, die 44jährige Frau Anna Wojciechowski aus der Schönhauser Allee 158 und die 38 Jahre alte Frau Frieda Lau aus der Spenerstraße, fanden in der nahegelegenen Charité Aufnahme. Zum Glück stellten sich die Verletzungen bei allen Verunglückten als nicht lebensgefährlich heraus. Sechs weitere Verletzte, die leichte Abschürfungen und Prellungen erlitten hatten, konnten ihren Weg selbst fortsetzen. Die Schuldfrage bedarf noch der polizeilichen Klärung.

Es scheint, daß der Autobus auf dem feuchten Fahrdamm ins Schleudern gekommen ist, so daß der Autobusführer die Herrschaft über sein schweres Fahrzeug verlor. Volle Klarheit können jedoch erst die Zeugenvernehmungen erbringen.

### Das Motorradunglück in Lichtenberg.

Das zweite Verkehrsunglück trug sich fast um dieselbe Zeit in der Hauptstraße in Lichtenberg zu.

Der 21jährige Handlungsgehilfe Willi Siminowski aus der Wiesenstraße, der auf dem Soziusitz seines Motorrades den laul-männischen Angestellten Erwin Kahlerl aus der Goslarstraße 18 mit sich führte, raste in hoher Geschwindigkeit mit einer Autodrosche zusammen. Siminowski stürzte so unglücklich, daß er mit zertrüm-mertem Schädel tot auf dem Fahrdamm liegen blieb. Sein Begleiter, der gleichfalls lebensgefährliche Kopfverletzungen und schwere Knochenbrüche erlitten hatte, wurde durch einen Rettungswagen der Feuerwehr ins Lichtenberger Hubertus-Krankenhaus gebracht. Dort ist auch Kahlerl schon kurze Zeit nach seiner Einlieferung gestorben. Das völlig zertrümmerte Motorrad ist von der Kriminalpolizei be-schlagnahmt worden.

### Das Brandunglück in der Klosterstraße.

Zu dem Brandunglück in der Klosterstraße 92, über das uns gestern kurz vor Redaktionsschluss des „Abend“ Mitteilung gemacht wurde, wird noch ergänzend berichtet, daß es sich bei der tödlich Verunglückten um die 76jährige Witwe Emilie Kleinau handelt. Die Greisin ist alleinstehend und hat im dritten Stockwerk des Seitensügelns eine kleine Wohnung. Offenbar infolge einer Unvor-sichtigkeit bei der Benutzung eines Spirituskochers geriet der Inhalt eines Lumpentorbes in Brand. Die Flammen dehnten sich in der Küche weiter aus, und unter der Einwirkung der stidigen Rauchgase brach die Greisin leblos zusammen. Das Unglück wurde von Mietern des Hinterhauses erst bemerkt, als aus den Fenstern dichter Qualm heruordrang. Die alarmierte Feuerwehr löschte den Brand in kurzer Zeit und brachte die Leiche der alten Frau ins Schauhaus.



[15]

Als der Skandal seinen Höhepunkt erreicht hatte, kam ein Wachmann hinzu und schleppte den Hausmeister schweigend zur Kasse. Der schlug seine Arme weinend um den Hals des Wachmanns, folgte ihm willig und weinte bitterlich.

Die Gefahr war vorbei und der müde gewordene Viktor Michailowitsch trat aus der Kiste hervor. „Grobian!“ rief er, „Grobian! Ich werde dir schon zeigen, du Schuft!“

„Genug, Viktor Michailowitsch!“ rief Elena Stanislawowna von ihrem Küchensfenster her. „Kommen Sie auf einen Moment zu mir.“

Sie stellte ein Tellerchen mit Kompott vor Polesow, ging im Zimmer herum und fragte ihn aus.

„Ich sage Ihnen doch, daß er es war. Nur ohne Schnurrbart, aber“, sagte Viktor Michailowitsch, wie es seine Gewohnheit war, „ich kenne ihn doch sehr gut!“

„Leiser . . . O Gott! Warum ist er hergekommen? Was glauben Sie?“

Ein ironisches Lächeln erhellte Polesows schwarzes Gesicht. „Und Sie, was denken Sie?“ Er lächelte noch ironischer.

„Sedenfalls nicht, um mit den Bolschewiken Verträge zu schließen. — Glauben Sie, daß ihm eine Gefahr droht?“

„Wer läuft keine Gefahr in Sowjetrußland, besonders in einer solchen Situation wie der Worobjew? Umsonst läßt man sich nicht den Schnurrbart wegrasieren, Elena Stanislawowna.“

„Kommt er in irgendeiner Mission aus dem Ausland?“ ermog Elena Stanislawowna, schwer atmend.

„Zweifellos“, antwortete der geniale Schlosser.

„Zu welchem Zweck wäre er denn hier?“

„Seien Sie kein Kind.“

„Das ist mir jetzt ganz gleichgültig. Ich will ihn sehen.“

„Wissen Sie auch, was Sie in dem Fall riskieren?“

„Das ist mir gleichgültig! Ich halte es nicht aus, Ipolit Matweewitsch nach zehnjähriger Trennung nicht zu sehen. Ich sehe Sie an, finden Sie ihn! Bringen Sie in Erfahrung, wo

er ist! Sie kommen so viel herum. Es wird Ihnen nicht schwer fallen. Sagen Sie ihm, daß ich ihn sehen will. Hören Sie?“

Den Papagei in den roten Höschen, der in seinem Käfig geschlummert hatte, erschreckte das laute Gespräch, er versteckte den Kopf ins Gefieder und blieb still.

„Elena Stanislawowna“, sagte der Schlosser, erhob sich und drückte seine Fäuste an die Brust, „ich werde ihn finden und mich mit ihm in Verbindung setzen.“

Viktor Michailowitsch ah sein Kompott auf und empfahl sich von der Witwe, nachdem er ihr nachdrücklich ans Herz gelegt hatte, alles streng geheim zu halten.

### Eine wunderbare Frau — der Traum des Poeten.

In einem Zimmer des Hotels Sorbonne, das luxuriös mit zwei Betten und einem Nachtkasten möbliert war — wurde ein mordomäßiges Schnauben und Wiehern vernehmbar. Worobjew wusch sich lustig und pupte seine Nase. Der große Kombinator lag im Bett und besichtigte die Schäden seiner kanariengelben Stiefel.

„Ja, was ich sagen wollte“, begann er, „ich möchte Sie bitten, Ihre Schuld zu bezahlen.“

Worobjew riß das Handtuch vom Gesicht weg und sah seinen Kompagnon mit starren Augen an.

„Was gibts da zu wundern? Ich habe Ihnen gestern zu sagen vergessen, daß mich die Recherchen betreffs der Stühle siebzig Rubel gekostet haben. Eine Empfangsquittung liegt bei. Geben Sie fünfundsiebzig Rubel her. Ich will hoffen, daß es sich so verhält, daß die Kompagnons die Ausgaben zur Hälfte tragen?“

Worobjew setzte seinen Zwiader auf, prüfte die Empfangsbestätigung und zahlte unwillig das Geld aus. Doch konnte dieser Vorfall keine Freude eigentlich nicht trüben. Hielt er doch einen ungeheuren Schatz schon fast in Händen. Ein Dreißig-Rubelschein — da verlor sich eben ein Stückchen aus dem Strahlenglanz eines Brillantenberges. Worobjew lächelte selig, trat in den Korridor hinaus und spazierte dort umher. Pläne eines neuen Lebens, das mit dem Brillantenschatz fundiert werden sollte, erheiterten ihn. — Und der heilige Vater? — dachte er boshaft — dem wird es nicht gelingen, die Stühle wird er nie im Leben erblicken. —

Worobjew ging bis zum Ende des Korridors und drehte wieder um. Die weiß lackierte Tür des Zimmers Nummer

dreizehn öffnete sich und ihm entgegen kam Vater Fedor. Er trug ein blaues Hemd, als Gürtel eine abgeschabte schwarze Schnur mit einer Quaste. Sein gutes Gesicht strahlte vor Glück. Er wollte auch ein wenig im Gang spazieren. Die Begner kamen einige Male aneinander vorbei, sahen einander triumphierend an und gingen weiter. In den Korridor-enden drehten sie sich gleichzeitig um und näherten sich einander wieder. Entzückt erfüllte Worobjews Brust. Und von denselben Gefühlen war Vater Fedor geschwellt. Beide empfanden das gleiche Mitleid für den geschlagenen Begner. Endlich, bei der fünften Begegnung, hielt es Worobjew nicht mehr aus. „Guten Tag, Vater“, begann er unbeschreiblich küß.

Vater Fedor sammelte die ganze Ironie, die ihm Gott gegeben hatte, und antwortete: „Guten Morgen, Herr Worobjew.“

Die Feinde gingen in entgegengesetzter Richtung weiter. Als sie wieder aneinander vorbeisamen, sagte Worobjew nachlässig: „Habe ich Ihnen lezhin bei unserer Begegnung nicht weh getan?“

„Nein, durchaus nicht, es war mir ein Vergnügen. Sie zu treffen.“

Sie gingen wieder jeder seiner Wege. Vater Fedors Frage begann Worobjew aufzustacheln. „Nehz lesen Sie also keine Messe mehr?“ fragte er bei der nächsten Begegnung.

„Wo denken Sie hin! Die Gemeindeglieder haben sich in die Stadt verzogen, um Schätze zu suchen.“

„Wetten Sie sich, eigene Schätze! Eigene!“

„Ich weiß nicht, wessen Schätze, ich weiß nur, daß sie sie suchen.“

Worobjew wollte etwas Anzügliches sagen, öffnete den Mund zu diesem Zweck, fand aber das Richtige nicht und schritt ärgerlich in sein Zimmer zurück. Gleich darauf trat der Sohn des türkischen Staatsangehörigen, Ostap Bender, heraus und über die Schnüre seiner Stiefel stolpernd, ging er auf Vater Wolstrilow zu. Die Rosen auf den Wangen Vater Fedors welkten.

„Kaufen Sie alten Kram?“ fragte Ostap drohend. „Stühle? Alte Kleider? Schuhwichschachteln?“

„Was wünschen Sie?“ flüsterte Vater Fedor.

„Ich möchte Ihnen meine alte Hofe verkaufen. Warum schweigen Sie, wie der Bischof am Empfangstag?“

Vater Fedor lenkte die Schritte langsam seinem Zimmer zu.

(Fortsetzung folgt.)

## Eine von tausend Lügen.

Es ist selbstverständlich unmöglich, auf die tausendfachen Unwahrheiten, Verdrehungen und Verleumdungen der Hakenkreuzpresse im einzelnen immer wieder einzugehen. Aber von Zeit zu Zeit ist ein vereinzelter Fall, und sei er an sich noch so geringfügig, aufschlußreich für die niederträchtigen Fälscherkünste, mit denen die Hitlerpresse das deutsche Volk einer angeblich besseren Zukunft entgegenführen will. Folgender Vorfall war vor einiger Zeit im „Völkischen Beobachter“ geschildert:

Da war ein armer, harmloser Zeitungshändler des „Angriff“, der besuchte — warum sollte er auch nicht — ein kommunistisches Verkehrslokal, wurde dort nach kurzem Aufenthalt in einen Wortwechsel verwickelt und blutig geschlagen. So schilderte es der „Völkische Beobachter“ und soweit ist es auch richtig. Aber der „Völkische Beobachter“ geht weiter. Er erzählt, wie der besinnungslos auf der Straße Liegende keine Hilfe hat bekommen können, wie er schließlich, in seinem Blute taumelnd, einen Verkehrsbeamten hat aufsuchen müssen, der nur zögernd den Wünschen des Schwerverletzten nachgab. Seine unwillig angestellten Nachforschungen hatten selbstverständlich kein Ergebnis, und dann wurde der arme, blutig geschlagene Mann auf die Wache geschleppt, dort ohne jede ärztliche Hilfe über eine Stunde festgehalten und dann nach der Abfertigung in A abtransportiert. Soweit der „Völkische Beobachter“.

Wir sind diesem, glücklicherweise nicht tragisch abgelaufenen Fall einmal nachgegangen und haben folgendes festgestellt: Ein Passant hatte den Verkehrsbeamten auf den Vorfall aufmerksam gemacht. Der Verkehrsbeamte hatte sofort seinen Platz verlassen und ist mit dem Verletzten auch in die Gastwirtschaft gegangen, hatte die ersten Feststellungen vorgenommen und dann den Betroffenen nach der Wache gebracht. Schon unterwegs hatte ihn der Beamte aufgefordert, zuerst zur Rettungsstelle zu gehen, um sich verbinden zu lassen, was der tapferere Angriffshändler brüsk ablehnte. Auf der Wache selber hat er nochmals die Aufforderung, sich zur Rettungsstelle zu begeben, zurückgewiesen. Erst auf Zureden des Wachthabenden und eines Polizeiobermeisters ließ er sich endlich zur Rettungsstelle bringen. Insgesamt war er bei diesen Verhandlungen nicht ganz zehn Minuten auf der Wache. Man ermittle nun aus diesem Abstand zwischen völkischer Dichtung und polizeilicher Wahrheit, mit welcher Art von Berichterstattung das deutsche Volk von seiner sehigen „Verwilderung“ gereinigt werden soll.

## Fensterstürmer am Wedding.

Krawall vor dem Wedding Verwaltungsgebäude.

Das Verwaltungsgebäude des Bezirksamtes Wedding in der Müllerstraße war gestern abend das Angriffsobjekt radaulustiger kommunistischer Elemente. Nach Geschäftsschluß, als die Müllerstraße ziemlich stark belebt war, bildete sich ein etwa 200 Mann starker kommunistischer Demonstrationzug, der lachend und lärmend durch die Müllerstraße zog. Vor dem Bezirksamtsgebäude wurde halt gemacht und unter Hoch- und Niederrufen setzte ein Steinbombardement nach dem wenig rühmlichen Vorbild nationalsozialistischer Fensterstürmer auf die Scheiben des Hauses ein. Fast sämtliche Schaufensterscheiben der in den Parterreräumen untergebrachten Filialen der Stadtbank und Städtischen Sparkasse wurden eingeworfen. Das gleiche Schicksal erlitten einige Fensterscheiben im ersten Stockwerk des Gebäudes. Zwei Fensterstürmer wurden auf freier Tat erfaßt und der politischen Polizei übergeben.

## Eine hartnäckige Selbstmörderin.

Zweimal am Tode vorbei.

Gestern verstarb die 33jährige Frau Elli B. aus der Berliner Straße in Tempelhof zweimal ihrem Leben ein Ende zu machen.

In den Morgenstunden schnitt sich die Frau die Pulsadern am linken Handgelenk auf. Angehörige kamen rechtzeitig hinzu und sorgten für die Ueberführung der Lebensmüden ins Tempelhofer St. Josephskrankenhaus. Die Patientin fand dort in einem im 3. Stockwerk gelegenen Zimmer Aufnahme. — Einen unbewachten Augenblick benutzte die Frau dazu, sich aus dem Fenster auf die Straße hinabzustürzen. Auch diesmal kam die Selbstmörderin wie durch ein Wunder mit ganz geringfügigen Verletzungen davon. Als Angestellte des Krankenhauses bestürzt auf die Straße eilten, fanden sie Frau B. mit leichten Abschürfungen an den Beinen auf.

Eine genaue ärztliche Untersuchung ergab, daß die Lebensmüde trotz des Sturzes aus fast 20 Meter Höhe keinen Schaden genommen hatte.

## Aus Rache angezeigt.

Gestern Angeklagter, heute Zeuge.

Der Steinmetzmeister Keller, der vom Schöffengericht Tempelhof wegen Betruges bei dem städtischen Ausschreiben von Pflasterungsarbeiten zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, stand gestern vor demselben Gericht als Zeuge in einem Strafprozeß gegen seinen Geschäftsführer K., den er wegen Betruges und Urkundenfälschung angezeigt hat.

Keller behauptete, von seinem Geschäftsführer durch die Fälschung von Spesenquittungen um höhere Summen, als tatsächlich verausgabt waren, betrogen worden zu sein. Daß er, der mit den Straftaten nichts zu tun hätte, nur deshalb von seinem Arbeitgeber angezeigt worden wäre, weil dieser ihn als Zeugen in seinem Verfahren wegen Betruges gegenüber der Stadt unmöglich machen wollte. Keller habe angenommen, daß er diese Anzeige erstattet habe, deshalb habe er ihn aus Rache wegen Urkundenfälschung angezeigt. Rechtsanwalt Dr. Diamant befragte eine Buchhalterin des Kellerschen Geschäftes, ob die Quittungen vielleicht im Büro selbst zur Täuschung der Steuerbehörde gefälscht worden seien. Die Zeugin verweigerte auf diese Frage die Aussage.

Auf Grund dieser Bemerkungen wurde der Zeuge Keller wegen Verdachtes der Ritterschaft unbeeidigt gelassen und die Ver-

# Im U-Boot eingekerkert.

Verbindung mit dem gesunkenen Schiff. — Acht Mann leben noch.

London, 10. Juni.

Wie soeben gemeldet wird, ist es gelungen, eine Verbindung zwischen dem gesunkenen englischen U-Boot „Poseidon“ und dem Mutterschiff „Redwar“ herzustellen. Acht Mitglieder der U-Boot-Besatzung sind noch am Leben.

Nach zehnstündigem Suchen mit Suchleinen hat man in der Nacht zum Mittwoch das 21 Seemeilen nördlich von Weichweil gesunkene U-Boot gefunden. Es liegt auf 40 Meter Wassertiefe. Zur Zeit werden Versuche gemacht, es mit Prellluft wieder zum Auftauchen zu bringen. Wie jetzt bekannt wird, fuhr das U-Boot aufgetaucht, als es in dichtem Strichnebel von dem 1750 Tonnen großen chinesischen Dampfer „Yuta“ eben hinter dem Kommandoturm gerammt wurde. Die meisten Leute konnten von der „Yuta“ gerettet werden. Sechs Leute gelang es — zum Teil erst nach drei Stunden — aus dem bereits gesunkenen Boot mit Hilfe des Davis-Rettungsapparates zu entkommen, der einer Armeegasmaske nicht unähnlich ist.

Es ist zur Stunde noch völlig ungewiß, ob es möglich sein wird, die in dem U-Boot noch eingeschlossenen Leute zu retten.

## Glaspalast fordert neue Opfer.

Drei Arbeiter bei den Aufräumarbeiten verletzt.

München, 10. Juni.

Bei den Arbeiten zum Abbruch der noch stehenden Eisengerüste des Glaspalastes ereignete sich heute nachmittag ein schwerer Unglücksfall. Ein Arbeiter stürzte herab, erlitt einen Schädelbruch und innere Verletzungen und mußte in das Kranken-

haus Schwabing eingeliefert werden. Ein zweiter Arbeiter wurde leichter verletzt. Ihm wurde vom städtischen Rettungsdienst ein Verband angelegt. Ein dritter Arbeiter erlitt einen Nervenschlag.

Wie die Blätter melden, sind die polizeilichen Erhebungen über die Ursache der Katastrophe im Glaspalast nunmehr abgeschlossen. Die Feststellungen sollen zu dem Ergebnis kommen, daß der Brand tatsächlich auf Selbstentzündung des von den Malern verwendeten Materials zurückzuführen ist.

## Zwei Bergleute getötet.

Beim Zubruchgehen eines Aufbruchs verschüttet.

Serbe (Ruhrgebiet), 10. Juni.

Durch Zubruchgehen eines Aufbruchs wurden heute zwei Bergleute verschüttet. Die Leichen der beiden Verschütteten konnten noch nicht geborgen werden.

## Erdstöße in Ostfriesland.

Hamburg, 10. Juni.

In Westerhauderfehn (Kreis Leer) sind in der letzten Nacht mehrere starke Erdstöße verspürt worden. Gestern abend hörten die Bewohner ein kurzes Rollen und bemerkten hinterher ein leichtes Beben der Erde. Als die Bewohner ins Freie traten, sahen sie, daß sich die Stangen der Lichtleitungen bewegten. Heute morgen ist wieder ein leichtes Beben bemerkt worden.

Die Hamburger Hauptstation für Erdbebenforschung teilt hierzu mit, daß es sich vermutlich nur um eine lokale Erscheinung handle, die kaum in irgendeinem Zusammenhang mit den in Nordfrankreich und England beobachteten Beben stehe.

# Schnellgericht und Sittlichkeit

Aburteilungen ohne vorhergegangene Ermittlungen.

Der „Vorwärts“ hat sich mehr als einmal zugunsten der Schnellgerichte ausgesprochen. Gerade deshalb hat er das Recht und die Pflicht, vor Ueberspannungen zu warnen. Grundsätzlich ist zu sagen: Sittlichkeitsdelikte gehören nicht vor das Schnellhoffengericht — im Interesse der Allgemeinheit wie des Angeklagten. Das Gericht ist nur dann in der Lage, das richtige Strafmaß zu finden und über die möglichen Strafausschließungsgründe zu entscheiden, wenn über die Persönlichkeit des Angeklagten Ermittlungen gemacht worden sind. Andererseits erscheinen gerade bei Sittlichkeitsverbrechen auch Feststellungen über das Opfer unbedingt erforderlich.

Schon als neulich ein älterer Mann wegen eines Sittlichkeitsdeliktes zu einer längeren Strafe verurteilt wurde — er war bereits wegen eines ähnlichen Verbrechens vorbestraft —, schien es notwendig, diese grundsätzlichen Erörterungen zu machen. Jetzt stand ein 32-jähriger vor Gericht. Die Anklage lautete: Unzüchtige Handlungen mit einem Kinde unter vierzehn Jahren. Der junge Bursche war geständig, sich an der zehnjährigen K. vergangen zu haben. Er machte keinen schlechten Eindruck. Als kleiner Junge in Pflege, weil der Vater von der Mutter getrennt lebte und diese als Wirtschafterin in einem fremden Haushalt tätig war, später in der Bäderlehre, immer wieder in Arbeit, befand er sich auch im Augenblick seiner Tat in Stellung. Mehr erfuhr man über ihn eigentlich nichts. Ganz zufällig war aber seine Braut erschienen. Sie arbeitet im selben Unternehmen wie er. Die jungen Leute leben zusammen, das junge Mädchen ist im sechsten Monat schwanger. Daß er „das“ hatte tun können, war ihr unbegreiflich. Als der junge Mensch verhaftet wurde, riefen ihm übrigens andere Jungen nach, Ähnliches sei mit der Kleinen schon das zweite Mal passiert. Die Zehnjährige war aber gar nicht geladen.

Der Staatsanwalt beantragte acht Monate Gefängnis. Der Angeklagte, der sich anscheinend der Schwere seiner Tat überhaupt nicht bewußt war, meinte in seinem Schlusswort: Ich muß ja jetzt für meine Braut arbeiten. Wir wollten im Juni heiraten. — Sie wird doch jetzt wegen ihres Zustandes bald entlassen. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten zur Mindeststrafe, von sechs Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende, daß die Mindeststrafe nicht zuletzt angesichts des besonderen Zustandes der Braut gewählt worden sei. Der Haftbefehl wurde aufgehoben. Ueber die Bewährungsfrist ließ das Gericht nichts verlauten. Der junge Mensch war wie zerschmettert; er konnte nur noch schluchzen.

Wenn in diesem Falle die Braut nicht aus eigener Initiative im Gerichtssaal anwesend gewesen wäre, so hätte das Gericht von den besonderen Verpflichtungen des jungen Menschen nichts erfahren. Es hätte dann wohl auch nicht bei der niedrigsten Strafe bewenden lassen und ihn vielleicht auch in Untersuchungshaft genommen. Er wäre seiner Stelle verlustig gegangen, und wer weiß, was für böse Folgen noch alles seine üble Tat für ihn gehabt hätte. Zwar war die Leiterin der Jugendgerichtshilfe zur Stelle. Sie hätte aber in der kurzen Zeit weder über den jungen Menschen, noch über die Zehnjährige etwas in Erfahrung bringen können. — Also noch einmal: Im Interesse sowohl der Allgemeinheit, die vor Sitt-

lichkeitsverbrechen geschützt werden muß, als auch im Interesse der Angeklagten selbst ist es unter keinen Umständen zulässig, daß Sittlichkeitsdelikte vor das Schnellhoffengericht kommen. Die Staatsanwaltschaft wird sich diesem Wunsche nicht verschließen können...

## Freispruch im Totschlagprozeß.

Die Schuld der angeklagten Kommunisten nicht erwiesen.

Das Landgericht I sprach die kommunistischen Arbeiter Bade und Schüler von der Anklage des verübten Totschlags frei. Sie waren beschuldigt, am 4. April auf dem Wolkenmarkt auf Mitglieder der Hitler-Jugend geschossen zu haben. Einer der Hitler-Jungen und ein Postbeamter wurden dabei leicht verletzt.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Lalk, nur ganz kurz aus, daß zwar gegen beide Angeklagten ein dringender Verdacht bestehe, die Aussagen der Zeugen jedoch derart widersprechend gewesen seien, daß das Gericht nicht zu einer Verurteilung gelangen konnte. Nicht uninteressant ist es übrigens festzustellen, woher wenigstens zu einem gewissen Teil die Widersprüche der Zeugen herrührten: Sie hatten es darauf abgesehen, einen ihrer Besinnungsgenossen, einen Postausweiser, der demnächst Postbeamter werden soll, unter allen Umständen zu decken. Der angehende nationalsozialistische Postbeamte, der auf dem Wolkenmarkt beschuldigtend dazwischengetreten war, führte aber eine Waffe bei sich, von der er allerdings keinen Gebrauch gemacht hat.

Das Landgericht I hat bestimmt gemußt, was es tat, als es die beiden kommunistischen Angeklagten freisprach: es konnte nicht anders handeln. Die Tatsache bleibt jedoch, daß in diesem Falle Kommunisten ohne jeglichen Grund auf Hitler-Jugend geschossen haben. Es drängt sich unwillkürlich die Parallele zur Schießerei in der Raugarder Straße auf, der zwei Kommunisten zum Opfer fielen und bei der die Schießenden von der Anklage des Totschlages freigesprochen wurden. In diesem Falle — wir hatten das erste Urteil, das wenigstens Rauschhandel festgestellt hatte, als zu milde bezeichnet — sind zwei Menschen ums Leben gekommen. Allerdings waren auch hier die Nationalsozialisten von den Kommunisten angerepelt worden, und diese hatten von ihnen nach den ersten beiden Schreckschüssen nicht gleich abgelassen; es hatte aber trotz alledem kein Grund vorgelegen, in einer Weise von der Schutzwehr Gebrauch zu machen, daß die Kommunisten tödlich verletzt werden mußten. Vielleicht hätte das Landgericht III doch besser getan, den Weg zu beschreiben, den das Reichsgericht gewiesen hatte, nämlich bei Anerkennung der Notwehr eine scharfsinnige Tötung für festzustellen zu erachten. Es bleibt also hier die viel schwerwiegendere Tatsache: Zwei Menschen sind ums Leben gekommen, die Schützen sind aber bloß wegen unbefugten Waffenbesitzes zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Das Risiko, wegen tödlichen Schießens auf der Straße bestraft zu werden, ist also ziemlich gering.

handlung verlag. Im nächsten Termin soll ein Schriftsachverständiger darüber Auskunft geben, ob der Angeklagte oder Zeuge Duktungen gefälscht hat.

## Liebestragödie in Berlin N.

In der Wohnung ihrer Schwester, in der Drontheimer Straße 21, wurde gestern abend die 33jährige Martha Kettig und ihr 23jähriger Verlobter, Werner Müller, durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Das junge Paar ist freiwillig aus dem Leben geschieden, weil ihm die Mittel zur Heirat fehlten.

## Der Schak im Osenloch.

Eindrehen, die einer Wohnung in der Rubensstraße in Schöneberg einen Besuch abstatteten, hatten eine feine Spürnase. Die Wohnungsinhaberin, eine alleinstehende Frau, hatte von

der Bank 8000 Mark zum Ankauf eines Geschäftes abgehoben. Um ganz sicher zu gehen, ver barg sie die Scheine in einem Osenloch. Als sie die Wohnung nur für wenige Stunden verlassen hatte, nahmen Wohnungseinbrecher die Gelegenheit wahr und durchwühlten in den Zimmern sämtliche Behältnisse. Dabei wurden auch die Feuerlöcher der Decken nicht vergessen, wo die 8000 Mark, schon gebündelt in Scheinen, versteckt waren. Zweifellos haben die Diebe, die sonst in der Wohnung nichts anrührten, auf irgendeine Weise erfahren, daß die Frau das Geld abgehoben und noch im Hause hatte.

Auf dem großen Sommerfest der Berliner Kriminalpolizei am Sonnabend, dem 13. Juni, im Luna-Park wird, wie alljährlich, auch diesmal den Besuchern die Freispielsache: Wer sind die Drei? gestellt. Drei angebliche Verbrecher, deren Bild den Besuchern beim Eintritt in den Park ausgedruckt wird, befinden sich in der Wange des Rubikums und müssen von diesem erkannt werden. Die kriminalistischen Fähigkeiten der Luna-Park-Besucher werden nach Beendigung des Freispiels mit einem Barpreis von 1000.— für den Sieger belohnt.



# Marcella d'Arle: Ohne das Radio...

Clara war in Mario verliebt und Mario in Clara, aber Sie dürfen sich absolut nicht denken, daß es sich dabei um eine gewöhnliche heilebrige Liebe handelte: es war vielmehr eine ungeheuerliche Liebe, etwas noch nie Dagewesenes, Vulkanisches, voll verzweifelter Pläne, immer hin und herpendelnd zwischen Selbstmord und Mord, kurz, eine Liebe, wie sie nur in Skizzen entstehen kann zwischen einem blaffen, braunen, leidenschaftlichen Mädchen von sechzehn Jahren und einem blaffen, braunen, leidenschaftlichen Burschen von neunzehn.

Der Vater von Clara war ein biedrer Mann, mit gesundem Menschenverstand begabt und mit einer so schönen Stimme, daß ihm die Freunde noch heute folgten, er hätte Tenor werden sollen. Statt dessen war er sein Leben lang Buchhalter gewesen, bis ihn die Fabrik wegen schlechten Geschäftsganges vor der Zeit abbaute. Das Ruhegehalt war spärlich, und um damit auszukommen, hätte Clara Wunder an Sparsamkeit vollbringen müssen. Statt dessen war sie nicht nur unglücklich und nachlässig, sondern verschwendete noch Geld für Puder, Lippenstift und Parfüm.

„Das wäre noch nicht das Schlimmste“, sagte der Vater, der, wie schon gesagt, gefunden Menschenverstand hatte, „alle jungen Leute werfen das Geld zum Fenster hinaus. Daß du aber Geld und Zeit für diesen Laugenichts, diesen Mario verschwendest, das ist unerhört. Neunzehn Jahre ist der Stroch alt, und was hat er fertig gebracht? Nicht einmal die Matura vom Realgymnasium! Vor deinem Fenster auf und ab gehen, das ist keine Beschäftigung, bis ich ihm eines Tages einen Eimer voll schmutzigem Wasser auf den Kopf gieße, um ihm im Guten beizubringen, daß er gefälligst wo anders auf und ab gehen soll. Von heute an gehe ich mit dir einkaufen. Es ist ohnehin eine wahre Schande, daß du bis jetzt allein gegangen bist, wo du doch kein Kind mehr bist. Wenn deine Mutter — Gott habe sie selig! — nicht gestorben wäre — nicht einen Schritt aus dem Hause hättest du allein getan. Aber heute, wo ich nicht mehr in die Fabrik muß, wirst du etwas erleben.“

Und so gewöhnte sich der Biedere, der übrigens nichts zu tun hatte und sich schrecklich langweilte, jeden Tag mit Clara auf den Markt zu gehen, so daß den beiden Verliebten nun auch die kurzen Augenblicke entzogen wurden, in denen sie früher — in zitternder Angst, von einer flüchtigen Bekannten überrascht zu werden — ein paar Worte lauschen konnten, früher, in der schönen Zeit, als der Vater seine Stelle noch hatte.

Unter diesen Umständen schrieben die Beiden einander täglich glühende Briefe, in denen das Wort Liebe wenigstens je zwanzigmal vorkam und stießen die Epistel unter einen Stein in der Gartenmauer. Und zweimal täglich ging Clara mit gespielter Unbefangenheit zur festgesetzten Stunde an den improvisierten Briefkasten, wobei ihr gelegentlich auch die lächelnden Augen des Vaters folgten, wie sie ruhig und anmutig unter den Drangebäumen dahinschlüpfte.

„Gott sei Dank!“ sagte er zu sich selber, „sie denkt nicht mehr an den Laugenichts.“ Und um ihr zu zeigen, wie zufrieden er war, machte er ihr nie einen Vorwurf, wenn auch das Essen noch so viel zu wünschen übrig ließ. Er schien auch andere Gründe zur Zufriedenheit zu haben, denn er sagte manchmal zu Clara: „Ich habe eine Sache im Auge... wenn mir das glückt, bekommt du ein feines Geschenk.“

Aber die jungen Leute hatten gar keine Gründe zur Zufriedenheit, vielmehr soziale Gründe der Verzweiflung, daß sie nach vierzehntägiger Trennung und dreißig verzweifelter Briefen beschlossen, miteinander durchzugehen.

Mario hatte ganze hundertfünfzig Lire auf der Sparkasse, und Clara konnte, wenn die Fälscht am Monatsanfang erfolgte, das ganze Wirtschaftsgeld mitnehmen, das ihr der Vater gab, nämlich dreihundert Lire. Anfangs hatte Clara gegen den Plan manches einzuwenden — das sah beinahe aus wie Stehlen. Aber auf eine schätzerne Andeutung in diesem Sinne hatte Mario mit einem langen wundervollen Brief geantwortet, in dem er ihr haarflein auseinandersetzte, daß es sich „um eine gerechte Rache an einem erbarmungslosen Vater handelte, der zwei arme Geschöpfe, die einander liebten, der finsternen Verzweiflung in die Arme schleudern wollte.“

Mit beruhigtem Gewissen begann also Clara ihre Vorbereitungen für die Flucht, die in der Nacht nach dem ersten März erfolgen sollte. Alles war bis in die kleinsten Einzelheiten überdacht worden. Der erste März war Samstag, und der Vater würde etwas angetrunken nach Hause kommen und gleich einschlafen. Genau um Mitternacht sollte Clara in sein Zimmer schleichen, die Schlüssel nehmen, die er immer auf seinen Nachtschisch legte und dann... vor der Haustür, in dem dunklen Gäßchen würde Mario liebestrunken warten und gewiß würde durch die Drangebäume der Mond romantisch und neugierig herunterblinzeln.

Alles war also vorbereitet, als Mario, am Nachmittag vor der Entschcheidung, am üblichen Platz einen Zettel mit folgenden Rätselworten fand:

„Stecht überflüssig. Komm heute abend um neun, steige über die Mauer in den Garten. Fürchte nichts. Ich werde dir alles erklären. Eine Million Küsse.“

Was war geschehen? Mario verzehrte sich vor Neugier. Aber auch dieses Tages Abend kam, freilich besonders langsam, und Punkt neun Uhr huschte der Bursche durch die schon dunkle und einsame Gasse, kletterte mit großer Mühe und mit abgeschundenen Händen die Mauer hinauf, um beim Herunterspringen auf der anderen Seite beinahe in Claras Arme zu fallen.

„Was ist los? Erkläre mir...“ stieß er heraus, ohne auch nur die Gelegenheit zu benutzen, wenigstens einen von den Millionen Küssen einzukassieren, die ihnen bis jetzt nur brieflich gegönnt worden waren. Die Neugier überwand alles.

„Also“, sagte Clara, „du weißt ja, daß mein Vater eine schöne Stimme hat. So hat man ihn beim Radio angestellt, und da wird er gut bezahlt. Jeden Abend, von neun bis zwölf, muß er da sein. Und sie haben ihn auch einen Apparat gegeben, fast umsonst. Komm hier ans Fenster, da kannst du ihn hören. Hörst du?“

Und in der Tat sagte die schöne volle Stimme des Vaters: „Wünschen Sie gut zu speisen? Gehen Sie in das Restaurant Marine in der Via delle Torri. Erstklassige Speisen.“

„Hörst du?“ sagte Clara triumphierend, „Sicherer könnten wir gar nicht sein. Jede Ueberraschung ist ausgeschlossen.“

„Weißt du genau, daß er uns nicht ausplundern läßt?“

„Durch wen? Und warum? Er glaubt ja gar nicht mehr, daß zwischen uns beiden...“

„Und, wie kannst du wissen, ob er bis zwölf Uhr bleibt?“

„Er muß ja die letzten Nachrichten melden und zum Schluß sagen: Gute Nacht.“

Und Clara setzte sich auf eine Bank, im schwarzen Schatten der Drangebäume und sah träumerisch in der Richtung des Meeres. Der Mond ließ sich boshafterweise nicht blicken.

„Wie merkwürdig doch das Leben ist“, sagte sie nach langer Pause. „Denke nur, wenn das Radio nicht erfunden wäre, hätte mein Vater die Stelle nicht bekommen, und wir wären heute Nacht gestorben.“

„Ja“, sagte Mario und dann waren beide still und langweilten sich gründlich.

Als endlich die schöne Stimme allseitig „Gute Nacht“ wünschte, fuhren sie zusammen und bildeten sich ein, daß der Vater jeden Augenblick auftauchen könnte. Das Gefühl der Gefahr hob die Stimmung, sie fanden wieder leidenschaftliche Worte und zum Abschied gaben sie sich endlich den ersten Kuß, um gleich darauf in kritischem Rückblick sich selbst einzugestehen, daß der durchaus nicht so etwas Besonderes war, wie sie es sich eingebildet hatten.

Trotzdem wurde das Stillsitzen zur regelmäßigen, beinahe täglichen Gewohnheit. Nach einer Woche gab Clara es auf, sich die Haare in Ordnung zu bringen, ehe sie in den Garten kam, weil man ja doch nichts sah, und aus demselben Grunde machte sich Mario die Nägel nicht mehr sauber. Sobald sie beieinander im Garten waren, küßten sie sich, weil das dazu gehörte, dann setzten sie sich auf die übliche Bank und langweilten sich gründlich.

Zum Glück blieb Mario eines Abends aus, ohne abzulegen. Für Clara war es eine wahre Erleichterung. Sie verbrachte den Abend im Wohnzimmer, wo sie Radio hörte und Strümpfe stopfte. Als er aber am nächsten Tage kam, machte sie ihm natürlich eine fürchterliche Eiferjagd, in der die Worte „Liebe“ und „ich bringe mich um“ nach langer ungedeuter Vernachlässigung endlich wieder in Gebrauch genommen wurden. Das schien die Rettung. Endlich hatten sie einen Gesprächsstoff gefunden, und sie tauchten in ihm unter. Mario brachte es fertig, auf den Besitzer des Nebenhauses eiferjüchtig zu sein, obwohl er beinahe achtzig Jahre alt war, und Clara ihrerseits auf eine Freundin, die hinkte und einen kleinen Buckel hatte.

Unglücklicherweise verschwand aber der Alte mit seinen achtzig Jahren eines Tages aus beider Gesichtskreis, und die Freundin verlobte sich, andere Gegenstände der Eiferjagd ließen sich beim besten Willen nicht ausfindig machen, auch weil die Häuser des

Gäßchens, durch eine besondere Lücke des Schicksals, nur von frommen Schwestern bewohnt waren.

Und so nahm das Schicksal seinen Lauf, so daß eines Tages Clara einen Brief bekam, in dem Mario ihr erklärte, er sei gezwungen, sich auf immer von ihr zu trennen. „Mit gebrochenem Herzen, glaube es mir, aber das Leben ist grausam und fordert von uns Fehden unserer Seele...“

Clara gab sich große Mühe, ein paar Tränen zu vergießen, mußte aber nach einer halben Stunde fruchtloser Anstrengungen darauf verzichten. Ja, als sie sich an diesem Abend gemütlich zum Radio setzen konnte, mußte sie sich selbst gestehen, daß ihr sehr froh ums Herz war, und sie fing wieder an, an den Fantasien für den Vater zu stricken und gewissen alten Träumen nachzuhängen, die in den letzten Monaten sich irgendwo verbrochen hatten.

Als der Vater heimkam, fand er sie noch im Wohnzimmer. Er war guter Laune, wie immer am Samstagabend und sagte:

„Morgen bekommen wir Besuch. Sieh zu, daß du dich schön machst. Ein Jugendfreund von mir, mit seinem Sohn. Der heißt auch Mario, wie der Lunichtgut, aber du wirst sehen, was für ein Unterschied.“

Als Clara ein paar Monate später gewahrt wurde, daß sie im Begriff stand, sich in den neuen Mario zu verlieben, empfand sie ein großes Mißtrauen gegen sich selbst. Sollte sie sich ein zweites Mal irren? Aber das Mißtrauen verschwand, aus Raummangel, denn neben ihrer Liebe fand es keinen Platz mehr. Und als nach zwei Jahren der Hochzeitsstag kam, wollte sie vom Vater kein anderes Geschenk als das Radio, obwohl es längst bessere Apparate gab. Im neuen Hause sah sie es oft mit Dankbarkeit an. Eines Tages konnte sie nicht anders:

„Gefegnet sei, wer das Radio erfunden hat!“

„Ja, ja“, meinte der Gatte, ein wenig verblüfft, denn er war gerade dabei, ihr einen Kuß zu geben und verstand den Zusammenhang nicht.

„Wenn ich denke, daß ohne das Radio... Nein, ich erzähle dir das ein andermal...“

Aber erzählt hat sie es ihm nie, und daran hat sie gut getan. (Autorisierte Uebersetzung aus dem Italienischen.)

## Erna Bilsing: Unter 120 000 Schädeln

Ein Museum ist ein Gebäude, das von einer gewissen Feierlichkeit überlagert wird, das den Menschen irgendwie Ehrfurcht oder Widerwillen einflößt und in dem alle Betrachtungslust sich nur in gedämpften Gefühlen ausdrückt. Museumsleiter sowohl wie Kustos müssen Arbeit für die Allgemeinheit leisten. Alle die Betreuer dieser eigenartigen Werke dürfen nicht raufen, sondern sie müssen sammeln, sie dürfen die Objekte nicht einfach in die Schränke packen, sondern sie müssen die Sammlung nach streng individueller und doch dabei jedem verständlichen Organisationsplan ausbauen und aufbauen. Ein jeder, der in einem Museum irgendeine Abteilung leitet, darf sich einzig als Glied einer Kette fühlen, seine Anordnungen müssen so übersichtlich sein, daß man sie nach hundert Jahren ohne Kommentar verstehen kann.

### Auf dem Schädelboden.

Gehen wir nun einmal mit Dr. Bohle, Kustos am Zoologischen Museum, durch die wissenschaftliche Sammlung des Berliner Museums für Naturkunde in der Invalidenstraße. Hier liegt auf dem Boden, peinlichst geordnet, der eilfertigste Tod. Über hunderttausend Gehirne arbeiten einst in diesen Knochen. Sie überdecken Gehirne, — diese ohne menschliches Zutun feinst organisierten Apparate, — die bei jeder einzelnen Kreatur den Kampf ums Dasein leiten. Wie mag allen dieses Leben gerendet sein? Was wissen wir? Immer schon gab es das tragische Einzelschicksal und das katastrophale Massenschicksal, Schädel, der eine so interessant wie der andere, grinsen uns an. Die Menschenschädel lassen uns besonders aufmerken. Da liegen einer neben dem anderen, 200 Gorillaschädel. Werden diese gewaltigen Affen im erwachsenen Zustand eingefangen, machen sie niemals Freundschaft mit den Menschen. Die Gorilla sind die Affen, die, wenn sie sterben, etwas Menschliches in ihrem Benehmen haben. Diese Gorillaschädel-Sammlung ist die größte auf Erden. Die Schimpansen-Sammlung hat, obzwar sie 300 Schädel enthält, erfolgreiche Konkurrenten in anderen Museen. Von den Orang hat man noch nicht 100, von den Fälschen aber über 1000 Schädel. Bei jedem dieser Schädel ist der genaue Fundort angegeben, und wir wissen, ob Freund Reineke in Burtshude oder in Wiesbaden wohnte. Ist der Fuchschädel klein und zierlich, so ist der Elefantenschädel desto wichtiger, und die 70 Elefantenschädel nehmen reichlichen Platz ein. Unter diesen Schädeln ist einer von ganz besonderem Schicksal. Er wurde nämlich in Frankreich aus einem Schützengraben geholt. Höchstwahrscheinlich haben ihn Engländer aus einem französischen Schloß dorthin geschleppt, um ihn als tüglicherer Brustwehr zu verwenden. Er war für das geplante Kriegsmuseum bestimmt. Da dieses Museum jedoch nicht errichtet wurde, kam er in das Museum für Naturkunde. Und da man von den Elefanten spricht, kann man auch den See-Elefanten, diese eigenartige Wale, erwähnen, die durch „Roland von Berlin“ würdevoll im Berliner Zoologischen Garten vertreten wird. See-Elefantenschädel wurden von den Südpolarexpeditionen Gaus, Druggalsi und Bilscher mitgebracht. Ein Robbenchädel aber gelangte zu eigentümlicher Berühmtheit. Er gehörte einer Grönlandrobbe, die sich nach Dessau verschommen hatte. Sie gab dort zwei Jungen das Leben und wurde dann, nebst ihren Kindern, erschossen. Die Mutter und ein Junges kamen nach hier, das andere eignete sich ein unbekannt geliebter Besitzer an.

### Ausgestorbene Tiere.

Die in den Sälen untergebrachten 50 000 Felle sind nicht minder interessant. Manches von ihnen hat eine Geschichte. Da ist beispielsweise ein Sekretier. Diese Tiere lebten einst sowohl nahe bei Japan wie nahe bei San Francisco. Diese südliche Unterart (alle miteinander sind dem Fischotter verwandt) ist inzwischen ausgerottet worden. Es gibt von ihnen als Leberbleibel zehn Schädel und ein ausgestopftes Tier. Und das ausgestopfte Tier, es war noch jung als es starb, hat Berlin. Als Vorderbeine hat es Stummel, als Hinterbeine Ruder. Die Vorderbeine fanden offenbar bereits vor dem Tier auf dem Aussterbeort. Heute kommen von der nördlichen Art jährlich ungefähr zehn Felle als Kamtschatkaber in den Handel. Das Fell eines solchen ausgewachsenen Tieres kostet zehntausend Mark.

Ein interessanter Insektenfresser, wiederum ein junges Tier, kam 1861 von der Insel Kuba. Der damalige Museumsdirektor Peters beschrieb dieses Tier ganz genau, ja, er entdeckte erst dieses Tier, das freilich keinen deutschen Namen bekam. Wir brauchen ihm auch keinen mehr zu geben; denn in Kuba ist es bereits ausgerottet. Dort führte man nämlich Mungos ein, die Schlangen verzehren sollten. Das taten die Mungos mit Eifer und Hingabe, doch als sie die Schlangen alle aufgefressen hatten, war ihr Hunger

noch lange nicht gestillt, und da verzehrten sie einfach die namenlosen Tiere, die sich kaum wehren konnten. In Haiti lebte ein ähnliches Tier, das heißt Minkiti. Das ausgestopfte namenlose Tier wollten vor dem Weltkrieg die Amerikaner mit Gold aufwiegen. Damals dachte kein Mensch daran, es aus Deutschland wegzugeben. Ferner stehen im Berliner Museum für Naturkunde noch drei Kamenlose in Alkohol. Und sonderbarerweise hat sich das trockengelegte Amerika, das sonst für jede Sensation und namentlich für die heimliche Alkoholeinfuhr zu haben ist, bis jetzt noch nicht für ein Alkoholier interessiert. Nach dem Weltkrieg scheint eben allerorts das Geld bedenklich knapp zu sein.

Mit wehmütiger Anteilnahme betrachten wir das Quagga, das seit 50 Jahren ausgestorben ist. Dieses Tier trägt einen Namen, der aus dem Hottentottischen stammt. Es ist eine Zebraart und das letzte, das im Zoologischen Garten in Berlin lebte, steht jetzt ausgestopft in der wissenschaftlichen Sammlung des Museums. Das Quagga ist von Ponggröße, es erinnert uns unwillkürlich an ein Zebroid, doch ist letzteres ein Mischling.

### Ladenhüter und Importen.

Die Tiere, die vor 100 oder 150 Jahren ausgestopft wurden, sind noch gut erhalten, doch wirken sie zuweilen nicht naturrecht. Vor allen Dingen gebrauchen sie die Beine oft nicht richtig. In der modernen Schaustellung hingegen scheint das entflozene Leben in den ausgestopften Tieren tatsächlich festgehalten zu sein. Erwähnt seien die Walrosse, die 1810 von der Koldeweg-Expedition, der ersten deutschen Grönlandexpedition, mitgebracht wurden. Doch sind diese Walrosse nicht die ältesten Objekte in der Sammlung. Als das älteste Stück, das man genau nachweisen kann (sicher wird es noch ältere geben), muß man ein Riesenwalschwein ansprechen, das 1721 den König Friedrich Wilhelm I. anfiel und von ihm erlegt wurde.

Des Auermertens wert ist noch ein Tigerfell. Es hängt in Reih und Glied mit vielen anderen und doch ist es ein ganz besonderes. Es gehörte nämlich einem persischen Tiger. Er war der erste seiner Art, der nach Europa kam, und er wurde — Humboldt geschenkt.

### Der oder die Sphinx?

Das Sphinxrätsel ist seit langem für die Wissenschaft insofern gelöst, als sie mit Sicherheit zwei Sphinxbilder unterscheidet: ein orientalisches-griechisches und ein ägyptisches Wesen, beides Mischgestalten, das erstere weiblich, das zweite männlichen Geschlechtes. Die griechische Sphinx gehört zu der Gruppe der Unholdinnen, die dem Menschengeschlecht gefährlich sind, der ägyptische Sphinx ist das Walschwein, in dem der Ägypter die Majestät des göttlichen Pharaos unter dem Bilde des Königs der Tiere mit dem Haupt des Königs dargestellt hat. Diese Doppelheit des Geschlechtes hat nun in unserer Sprache im Gegensatz zu allen anderen bisher keinen einheitlichen Sprachausdruck gefunden, und neuerdings ist die Frage nach dem Geschlecht — der oder die Sphinx — wieder aufgeworfen worden. Professor Wilhelm Spiegelberg befürwortete nun in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, die Unterscheidung beizubehalten, mit der die Ägyptologen vor bald 50 Jahren der Verschiedenheit der beiden Sphinxwesen Rechnung trugen: die Sphinx für das griechische, der Sphinx für das ägyptische Wesen. Sphinx steht nicht, wie Steindorff gemeint hat, logisch-begrifflich auf einer Stufe mit Statue, Torso oder Porträt, sondern mit Karnapide und Askon. Da entscheidet das natürliche Geschlecht, d. h. die Karnapide ist weiblich, der Askon ist männlich. Wie männlich der ägyptische Sphinx ist, zeigt sich darin, daß die ägyptische Kunst auch bei den Sphinxbildern von Königinnen das Geschlecht des Löwen unangestastet läßt: so hat der jüngst nach Berlin gelangte Sphinx den Leib eines männlichen Löwen mit dem Kopf der Königin Hachepsut. Das Geschlecht des Wortes Sphinx ist in unserer Sprache noch nicht so fest verankert, daß man nicht jene Geschlechtscheidung vornehmen könnte. Es gibt ja im Deutschen eine große Gruppe doppelgeschlechtlicher Wörter. Und bei Fremdwörtern kann der Geschlechtswechsel ohne Bedeutungswechsel erfolgen, so wenn aus dem alten Maskulinum der Duell, der Genie das Duell, das Genie wurde oder umgekehrt das Baldachin, das Delphin männlich wurde. Aus sachlichen und sprachgeschichtlichen Gründen sollte man in Zukunft die Sphinx des Demipus und der Sphinx von Bizeh sagen.

Verantwortlich für Inhalt: Birkel Schöff; Verlagsort: G. Klingelböfer; Gemeinlichkeitsverlegung: A. Heineke; Neudruck: Dr. John Schönbach; Verlags- und Contingent: Felix Rothmann; Verlagsort: Th. Heineke; Verlagsort: Berlin; Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Bornhörs-Verlagsdruckerei; und Verlagsdruckerei Paul Springer u. Co., Berlin SW. 68, Stadtkönigs-Platz 2, Berlin.



## Riesengeschenke für Hausbesitzer.

### Die freigebige Notverordnung.

Die Notverordnung nimmt den Kernsten der Armen, Arbeitslosen und Kriegsbeschädigten, Witwen und Waisen der Kriegesgefallenen, einen Teil ihrer kümmerlichen Renten. Sie verlangt die schwersten Opfer von der gesamten arbeitenden Bevölkerung, insbesondere von sämtlichen Arbeitnehmern der öffentlichen Körperschaften. Aber auf der anderen Seite verteilt sie Millionenbeschenke an verschiedene Gruppen von Besitzenden. Am reichlichsten bedenkt sie jedoch die „notleidenden“ Hausbesitzer. Diese Tatsache ist in der Öffentlichkeit noch kaum beachtet worden.

#### Das Geschenk an die Hausbesitzer steckt in einem unscheinbaren und auf den ersten Blick recht harmlos aussehenden Paragraphen

der Notverordnung, dessen Tragweite erst bei eindringlichem Studium zu verstehen ist. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Das bisher geltende Reichsrecht über die Hauszinssteuer (Gesetz über den Geldwertausgleich bei bebauten Grundstücken) setzte die Hauszinssteuer in solcher Höhe fest, daß dem Hausbesitzer im Durchschnitt neben der Verzinsung der Aufwertungshypothek auch eine Verzinsung seines Eigenkapitals in gleicher Höhe (5 Proz.) gesichert sein sollte. Nun werden vom 1. Januar nächsten Jahres ab die Zinsen für die Aufwertungshypotheken von 5 auf 7½ Proz. erhöht. Und daraus zieht die Notverordnung den Schluß, daß auch die Verzinsung des Eigenkapitals im gleichen Verhältnis zu erhöhen ist, und schreibt deshalb den Ländern eine entsprechende Ermäßigung der Hauszinssteuer vor.

Dieser Freigebigkeit steht man geradezu fassungslos gegenüber.

Gegen die Erhöhung der Aufwertungszinsen ist grundsätzlich nichts einzuwenden, sie hat ihren guten und berechtigten Sinn. Die Aufwertungsgläubiger wurden durch die Inflation, gemindert durch die Aufwertungsgegesetzgebung, um ¾ ihres Besitzes gebracht. Ueberdies wurde ihnen auch für den Rest ihres Besitzes nur eine Verzinsung zugebilligt, die weit unter den gegenwärtig üblichen Zinsen liegt. Sie wurden also doppelt geschädigt: an ihrem Besitz und an der Höhe der Verzinsung ihres Besitzes.

Die Hausbesitzer hingegen haben ihr ganzes Kapital aus Krieg und Inflation hindurchgerettet. Auch die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen hat ihnen ihr Kapital und eine — angelegentlich der Rettung ihres Substanzwertes — angemessene Verzinsung ihres Kapitals unangefastet gelassen — ganz zu schweigen davon, daß ein sehr großer Teil der Hausbesitzer, der ein im Verhältnis zur Belastung ihres Besitzes nur geringes Eigenkapital besaß, noch viel besser weggekommen ist und daß ein weiterer Teil der Hausbesitzer durch die allmähliche Lockerung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume usw. seine Lage noch weiter verbessern konnte.

#### Nun soll mit einem Schlage die Rente der Hausbesitzer um weitere 50 Proz. erhöht werden,

und zwar ausschließlich deshalb, weil man den Inflationsgeschädigten Hypothekengläubigern eine höhere Verzinsung einräumt.

Man muß sich nun aber vor Augen halten, was dieses Geschenk an die Hausbesitzer kostet.

Zwar sollen die Mieten aus diesem Anlaß nicht erhöht werden, aber dafür soll die Hauszinssteuer entsprechend gesenkt werden, und das läuft im Effekt auf das selbe hinaus. Denn irgend-

woher muß der Ausfall, der aus der Senkung der Hauszinssteuer den Ländern und Gemeinden entfällt, doch gedeckt werden. Und wenn es richtig ist, daß man zum Ausgleich für diesen Steuer-ausfall an die Erhöhung der Umsatzsteuer denkt, so bestätigt sich damit unsere Auffassung, daß die arbeitende Bevölkerung die Kosten des Geschenkes an die Hausbesitzer tragen soll!

Und diese Kosten sind wahrhaftig nicht gering zu schätzen. Es ist ja eben grundsätzlich die halbe Rente des Hausbesitzes, die verschont werden soll. Der amtliche Kommentar zur Notverordnung schätzt den Ausfall an Hauszinssteuer, der an sich durch Erhöhung der Verzinsung der Aufwertungshypotheken und des Eigenkapitals der Hausbesitzer entstehen müßte, auf 400 bis 500 Millionen Mark. Aus scheint diese Schätzung eher zu niedrig; wir möchten allein

#### die halbe Rente des Hausbesitzes auf ungefähr 300 Millionen Mark

und die Höherverzinsung der Aufwertungshypotheken auf den gleichen Betrag schätzen.

Nun scheint die Reichsregierung selbst eingesehen zu haben, daß man in der heutigen Notzeit mit den Geschenken an die Besitzenden nicht ins Uferlose gehen und den Hausbesitzern nicht 300 Millionen auf einen Schlag in den Schoß werfen kann. Sie hat deshalb einige Abzüge von diesem Betrag vorgenommen, und zwar durch folgende Bestimmungen der Notverordnung:

Die Ermäßigung der Hauszinssteuer hat so weit zu unterbleiben, als (wie in manchen Ländern) die Hauszinssteuer an sich schon besonders niedrig ist oder Ermäßigungen der Steuer bereits gewährt sind oder die Instandhaltungskosten infolge des Preisabbaues gesenkt sind oder schließlich die Verzinsung des Grundstücks über dem Durchschnittsmaß steht.

Diese letzte Bestimmung hat vor allem für Preußen Bedeutung. In Preußen sowie in einigen anderen Ländern hatten nämlich jene Hausbesitzer einen Sonderort und kamen weit über eine fünfprozentige Verzinsung ihres Eigenkapitals hinaus, deren Friedensmiete höher als 6 Proz. des Grundstückswerts war. Dieser Sonderort, der eine hohe Millionenziffer ausmacht, soll nunmehr wegfallen.

Was aber als Geschenk an die Hausbesitzer übrig bleibt, ist schlimm genug, zumal noch etwas anderes hinzukommt: Was auf der einen Seite — durch die eben genannten Milderungen der Hauszinssteuerermäßigung — den Hausbesitzern „genommen“ wird, wird ihnen auf der anderen Seite gegeben.

Vor kurzem sind nämlich Durchführungsbestimmungen des Reichsfinanzministeriums zum neuen Reichsbewertungsgesetz erschienen, die in ihrem Effekt nichts anderes als ein großes Geschenk an die Hausbesitzer bedeuten. Es wird ihnen nämlich zugestanden, daß bei der Bestimmung des Wertes ihres Grundbesitzes die Kaufpreise der beiden letzten Jahre berücksichtigt werden sollen. Das bedeutet nichts anderes, als daß an die Stelle des höheren Ertragswertes, der bis jetzt — zusammen mit dem Beitragswert — berücksichtigt wurde, der wesentlich niedrigere gemeine Wert der Besteuerung zugrunde gelegt werden soll.

So wird Geschenk auf Geschenk auf die „notleidenden“ Hausbesitzer gehäuft. Denen aber, bei denen wirklich bitterste Not und Elend herrscht, wird noch vom wenigen, das ihnen geblieben ist, ein Teil genommen.

hören. Es werde wieder das eintreten, was schon im Oktober 1930 bei der damaligen Ankündigung einer Preisermäßigung zu beobachten war: ein vollständiges Stöcken des Abfahes. Verstärkt werde diese Erscheinung noch dadurch, daß das Ruhrsyndikat nur bis zum 31. August d. J. verlängert worden sei, und daß nun wiederum, gestützt auch auf die durch die Notverordnung geschaffene Lockerung des syndikalischen Zusammenschlusses, der Verbraucher mit einem hemmungslosen Wettbewerb rechnen werde.

Der Große Ausschuß hätte es für richtiger gehalten, wenn die Regierung das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat schon jetzt für eine mehrjährige Frist zusammengeschlossen hätte.

## Wichtige Bankfusion.

### Zusammenschluß in der amerikanischen Großfinanz.

Zum 1. Juli sollen zwei führende amerikanische Finanzinstitute, die Chase Securities Corporation und das Haus Harris, Forbes u. Co., miteinander verschmolzen werden. Die neue Gesellschaft wird den Namen Chase Harris Forbes Co. führen.

Diese Fusion wird weit über den Rahmen der Vereinigten Staaten hinaus große Beachtung finden, wenn auch die Meldung nicht überrascht. Bereits im vergangenen August waren beide Firmen miteinander eine enge Interessengemeinschaft eingegangen und sind damals auch schon kapitalmäßig miteinander verbunden worden.

Sowohl die Chase Securities Corporation als Harris, Forbes u. Co. sind keine eigentlichen Banken, sondern Emissionshäuser, d. h. Firmen, die Anleihen und Aktien der verschiedenen Unternehmungen auf den Markt bringen. Die Chase Securities Corporation ist das Emissionshaus der Chase National Bank, der größten Bank der Vereinigten Staaten.

Gelegentlich des im vergangenen Jahr geschlossenen Interessengemeinschaftsvertrags mit Harris, Forbes u. Co. wurde diese Firma drittgrößter Aktionär der Chase National Bank, von der ein großes Aktienpaket bei Rockefeller liegt. Sowohl die Chase Securities Corporation als Harris, Forbes u. Co. haben zahlreiche ausländische Anleihen vermittelt, besonders auch deutsche.

In Deutschland wie in den Vereinigten Staaten ist das Haus Harris Forbes u. Co. in den letzten Jahren vor allem auf dem Gebiet der Finanzierung elektrischer Unternehmungen hervorgetreten. Darüber hinaus hat sich Harris, Forbes u. Co. durch eine Untergesellschaft, die Public Utility Holding Corp. of America, an einer Reihe amerikanischer und auch europäischer Elektrizitätsgesellschaften kapitalmäßig beteiligt. In Deutschland bestehen maßgebliche Interessen bei den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen und bei der kürzlich gegründeten Berliner Kraft- und Licht-A.-G. Ebenso bestehen auch an französischen und luxemburgischen Elektrizitätsgesellschaften Beteiligungen. Unter sämtlichen Emissionshäusern der Vereinigten Staaten stand Harris, Forbes u. Co. im Laufe der letzten vier Jahre an erster Stelle, während das bekannte Bankhaus J. P. Morgan u. Co. erst den dritten Platz einnahm.

Die jetzt beschlossene Fusion mag durch die gegenwärtige schlechte Lage am amerikanischen Anleihe- und Aktienmarkt beschleunigt worden sein. Die endgültige Verbindung des größten amerikanischen Bankhauses mit dem größten amerikanischen Emissionsinstitut hat weitgehende internationale Bedeutung.

## Die Gewinne bei der Allianz.

### Man schiebt sie unauffällig den Aktionären zu.

In Stuttgart fanden die Generalversammlungen des Allianz-Konzerns statt, auf denen die vom Vorstand vorgeschlagene Gewinnverteilung genehmigt wurde. Interessant ist, wie man in diesem Jahre den Aktionären den ihnen gebührenden Anteil an dem mehr als reichlichen Gewinn zukommen ließ. Um nämlich die Deffektivität nicht durch unerhörte Dividendenziffern auf die Sonderkonjunktur des Versicherungsgewerbes, das ja gerade durch die Krise begünstigt wird, aufmerksam zu machen, hat man die den Aktionären zugewiesene Summe geteilt: einen Teil erhalten sie als Dividende; den anderen als Zuschreibung zu ihrer Kapitalbeteiligung.

Die Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs-A.-G., Berlin, hat ein Nominalkapital von 60 Mill. Mark, wovon aber bis Ende 1930 nur 29 Proz. eingezahlt waren. Dividendenberechtigt war also nur ein Kapital von 17,4 Mill. Mark. Daraus wird aus dem Reingewinn des Jahres 1930 von 5,64 Mill. Mark eine Dividende von 12 Proz., also eine Summe von 2,088 Mill. Mark gezahlt. Weitere 1,2 Mill. Mark werden als „Einzahlung“ auf das nicht eingezahlte Aktienkapital verrechnet; dadurch erhöht sich das tatsächliche Kapital also auf 18,6 Mill. Mark, so daß 31 Proz. des Nominalkapitals eingezahlt sind. Natürlich stellt diese Verrechnung von 1,2 Mill. als Kapitaleinzahlung eine Gewinnzuweisung dar, und zwar macht sie etwa 7 Proz. des für das Jahr 1930 geminnberechtigten Kapitals von 17,4 Mill. aus. Insgesamt haben also die Aktionäre einen Gewinnanteil in Höhe von 19 Proz. ihres Kapitals für das Jahr 1930 erhalten.

Ganz genau so machte man es bei der Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank A.-G., Stuttgart. Das Nominalkapital von 20 Mill. Mark war bisher nur zu 25 Proz., also mit 5 Mill. Mark eingezahlt worden. Auf diese 5 Mill. wird für 1930 eine Dividende von 16 Proz., also eine Summe von 0,8 Mill. Mark verteilt. Als „Einzahlung“ auf das nicht eingezahlte Aktienkapital wird eine Million Mark verrechnet, also mehr als die Dividendensumme. Umgerechnet auf die geminnberechtigten Kapitalsumme von 5 Mill. Mark bedeutet diese Zuschreibung als Einzahlung also eine Gewinnzuweisung von 20 Proz. Damit ist das Nominalkapital zu 30 Proz. einbezahlt. Die Aktionäre aber haben tatsächlich für 1930 einen Gewinn von 36 Proz. ihres Kapitals erhalten, ein Satz, der wohl heute in der deutschen Wirtschaft einzig dastehen dürfte.

Die ebenfalls zum Allianz-Konzern gehörige Hermes Kreditversicherungsbank A.-G., Berlin, hatte im Gegenfall zu den eben erwähnten Gesellschaften unter der Krise infolge der zahlreichen Konkurse zu leiden und im Jahre 1930 einen nur mäßigen Gewinn erzielt. Auf der Generalversammlung wurde mitgeteilt, daß in den ersten Monaten des Jahres 1931 sich die Lage gebessert habe, da die Zahl der Schadensanmeldungen aus der Kreditversicherung hinter der zur gleichen Zeit des Vorjahres zurückgeblieben sei.

## Hochkonjunktur für Subventionen.

### Reeder und Werften haben schon! — Und Vorsig macht's über Groener.

Immer deutlicher erweist sich der sogenannte Krisen- und Wirtschaftsfonds, der aus Mitteln der Krisensteuer unter großen Opfern der Lohn- und Gehaltsempfänger aufgebracht werden soll, als ein ausgesprochener Subventionsfonds für die Unternehmer. Die Notverordnung selbst hat schon den drei einflussreichsten Wirtschaftszweigen Kohle, Eisen und Chemie große Subventionen gebracht. Jetzt werden weitere bereits vollzogene bzw. geforderte Industriebudgetsubventionen bekannt: Seeschifffahrt und Werften haben schon und Vorsig will Subventionen.

#### Subvention der Seeschifffahrt und der Werften

liegt folgende Meldung des politisch-gewerkschaftlichen Zeitungsdienstes, der dem Zentrum und den christlichen Gewerkschaften nahe steht, vor: Der Reichsfinanzminister hat entgegen der Stellungnahme des Reichswirtschaftsministeriums und auch des Reichsverbandes der Deutschen Industrie die Seeschifffahrtsunternehmungen aus der Industrieumlage für die Reparationszahlungen herausgenommen. Das wird vom Reichsfinanzministerium mit der Möglichkeit der Auftragserteilung an die Werften begründet. Zahlenmäßig dürfte es sich unseres Erachtens bei dieser Subvention um ein Geschenk von mehr als 2 Millionen Mark handeln, von denen wiederum mehr als 1 Million zunächst dem Norddeutschen Lloyd und der Hapag zuzuflehen!

Zur Vorgeschichte und Beurteilung dieser neuen Subventionen geben wir wörtlich den Bericht und die Stellungnahme der genannten Korrespondenz wieder: „Gegen die Herausnahme aus der Industrieumlage hatten sich sowohl der Reichsverband der Deutschen Industrie wie auch das Reichswirtschaftsministerium gewandt. Das Reichswirtschaftsministerium hat entgegen der Eingabe der Seeschifffahrt festgestellt, daß die Seeschifffahrt nicht unter dem allgemeinen Durchschnitt beschäftigt ist. Das Statistische Reichsamt ist vom Reichswirtschaftsministerium um ein Gutachten über die wirtschaftliche Lage der Seeschifffahrt gebeten worden. Das Reichsfinanzministerium hat jedoch die Erstattung des Gutachtens nicht abgewartet, sondern von sich aus die Seeschifffahrt aus der Industrieumlage herausgenommen. Die Seeschifffahrt kann sich einer recht guten Behandlung durch das Reichsfinanzministerium erfreuen. Der Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd und der Hapag, die früher einmal im Finanz-

ministerium tätig waren, sind gute Fürsprecher für die schwierige Lage der Seeschifffahrt... Reichsfinanzminister Dietrich ist wiederholt für eine Subvention der Werften eingetreten. Wenn auch die Werften nun nicht direkt subventioniert werden, so erfolgt die Subvention jetzt indirekt. Jede Subvention aber der Werften in der augenblicklichen Zeit ist hinausgeworfenes Geld. Gerade das Reichsfinanzministerium sollte wissen, daß wir uns eine derartige Politik auf keinen Fall leisten können.“

Wir haben der Beurteilung dieser neuen Subvention nichts hinzuzufügen, nachdem die Kritiker der Regierung so nahe stehen.

Einen wenigstens neuartigen Weg hat Herr Geheimrat von Vorsig eingeschlagen, Vorsitzender der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der sich wiederholt, persönlich und auch für die genannten Organisationen, gegen Subventionen ausgesprochen hat.

#### Herr von Vorsig wendet sich zwecks Subventionen an den Reichswehrminister und begründet sein Verlangen „nationalpolitisch“.

nämlich mit der Umstellung der früher für den Heeresbedarf arbeitenden Abteilung auf Friedensproduktion, die ja immerhin schon seit einigen Jahren durchgeführt sein dürfte oder sein müßte. Da das Ersuchen unmittelbar nach dem Erlaß der Notverordnung, die ja geradezu als Aufforderung für Subventionsforderungen wirken muß, gestellt wurde, liegt der Schluß nahe, daß die Vorsigwerte gleichfalls auf eine Teilausschüttung aus dem Wirtschaftsfonds reffektieren. Nicht ohne Reiz ist in diesem Zusammenhang, daß die Vorsigwerte in Oberschlesien starken nationalsozialistischen Einschlag haben.

## Notverordnung und Kohlenwirtschaft.

In einer Sitzung des Großen Ausschusses des Reichskohlenrats kam zunächst einmütig das lebhafteste Bedauern darüber zum Ausdruck, daß von der Regierung eine Milderung des Kohlenwirtschaftsgesetzes vorgenommen und wiederum mit vorzeitiger Ankündigung in die Kohlenpreispolitik eingegriffen worden sei, ohne die Organe der Kohlenwirtschaft überhaupt zu

# Sechs bis hundert Prozent Abbau.

## Arbeitslosenversicherung, die keine mehr ist.

Die Rotorordnung sagt, daß die Kürzung der Unterstützungssätze der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung 5 Proz. beträgt. Oberflächlich betrachtet, scheint dies auch zu stimmen. In Klasse I wird die Unterstützung gekürzt von 75 auf 70 Proz., in Klasse II von 65 auf 60, in Klasse III von 55 auf 50, in Klasse IV von 46 auf 42, in Klasse V und VI von 40 auf 35, in Klasse VII von 37,5 auf 32,5 und in Klasse VIII und IX von 35 auf 30 Proz. des Einheitslohnes. Rechnet man jedoch die Gebühre um, dann ergibt sich, daß der Leistungsabbau für Unterstützte ohne Zuschlagsempfänger 6,7 bis 14,3 Proz. beträgt. Mit einem Zuschlagsempfänger 6,3 bis 12,5 Proz., mit zwei Zuschlagsempfängern 0 bis 11,1 Proz., mit drei Zuschlagsempfängern 0 bis 10 Proz., mit vier Zuschlagsempfängern 0 bis 9,1 Proz., mit fünf Zuschlagsempfängern 0 bis 8,4 Proz. Diese Zahlen beziehen sich auf Arbeitslose, die eine Anwartschaft von 52 Wochen haben. Bei Arbeitslosen, die nur eine Anwartschaft von 26 bis 52 Wochen haben, ist der Leistungsabbau noch erheblich stärker.

Am härtesten betroffen werden jedoch die Saisonarbeiter, die unter einer fogenannten berufssüblichen Arbeitslosigkeit leiden. Wie der „Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, feststellt, erhalten die Saisonarbeiter in den Lohnklassen I bis IV die Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung, in den übrigen Klassen gestaltet sich der Abbau wie folgt: Bei dem Durchschnittswochenverdienst von 24 bis 30 M. wird die Unterstützung gekürzt

von 10,80 M. auf 8,82 M. oder um 18,3 Proz. Bei einem Lohn von 30 bis 36 M. wird die Unterstützung gekürzt von 13,20 auf 8,82 M. oder um 33,2 Proz. In der Lohnklasse VII beträgt die Kürzung 28,4 Proz., in der Lohnklasse VIII 35,4, in der Lohnklasse IX 21,1 und in den Lohnklassen X und XI 26,7 Proz.

Das ist für die Hauptunterstützungsempfänger. Sind Familienangehörige vorhanden, dann ist die Kürzung meist etwas geringer, manchmal aber auch größer. Dazu kommt noch, daß die Dauer des Unterstützungsbezuges in der Arbeitslosenversicherung von 26 auf 20 Wochen für Saisonarbeiter herabgesetzt worden ist.

Für die Jugendlichen unter 21 Jahren, soweit sie nicht alleinstehend sind, ist der Leistungsabbau vollständig. Sie erhalten überhaupt nichts. Die Idee der Aufrechterhaltung einer Beitragspflicht von 6 1/2 Proz., verbunden mit einem hundertprozentigen Leistungsabbau, ist freilich nicht auf der ganzen Linie durchgeführt worden, weshalb wohl die Schwerindustrieller und die Nationalsozialisten der Reichsregierung ihre „Halbheit“ vorwerfen.

Wir fürchten nur, daß diese „Einsparungen“ sich nicht nur in einer neuen Belastung der Wohlfahrtsausgaben der Gemeinden, sondern auch des Justizetais auswirken werden. Die jungen, noch haltlosen Menschen, die die Rotorordnung vor das Nichts stellt, haben wirklich nichts mehr zu verlieren. Das ist nicht eine Sanierung, zu deutsch Gefundung, sondern das Gegenteil davon. Sie wird auf diesem Wege zu einer öffentlichen Gefahr.

## Der ADB. zur Notverordnung.

### Umgekehrte Gehaltsstaffelung.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes beschloß am Mittwoch eingehend mit der neuen Gehaltskürzung für die Beamten, die durch die Notverordnung ab 1. Juli eintreten soll. Hierbei wurde unter Aufrechterhaltung des früher wiederholt betonten grundsätzlichen Standpunktes des ADB. besonders scharf der unsoziale Charakter der neuen Kürzungsmassnahmen verurteilt. So beträgt beispielsweise bei einem Diätar der Gruppe 11 in der Erstklasse C die Kürzung 15,2 Prozent, bei einem Beamten mit 12.000 M. Einkommen in Klasse A 12 Prozent. Man hat auf diese Weise verstanden, die vom ADB. vertretene Forderung einer Staffelnach der Leistungsfähigkeit in ihr direktes Gegenteil zu verkehren.

Es erscheint völlig unverständlich, wie die Reichsregierung eine solche Maßnahme rechtfertigen will, die bei den ohnehin notleidenden Beziehern der geringen und geringsten Bezüge die Verzweiflungstimmung auf den Höhepunkt treiben muß. Der Bundesvorstand des ADB. beschloß, sich unverzüglich mit einer Eingabe an den Reichstag zu wenden; er hat außerdem in Anbetracht der Bedeutung der Angelegenheit zum 16. Juni seinen Bundesauschuss nach Berlin einberufen.

## „Härten, die alle Volkskreise treffen.“

### Protest der Eisenbahner.

Der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner hat gegen die Notverordnung eine Erklärung beschlossen, die im wesentlichen folgendes feststellt:

Die in den §§ 6, 7 und 8 des zweiten Teiles der Notverordnung vorgezeichneten Lohnkürzungen sind ein direkter Eingriff in das Tarifvertragsrecht der Arbeiter in den öffentlichen Betrieben. Besonders empörend ist, daß dieser Eingriff sich auch auf die Reichsbahngesellschaft erstreckt, obgleich diese nach dem Wortlaut der Notverordnung selbst keine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Die der Reichsbahn gegebene Ermächtigung zur einseitigen Veränderung der Lohnbestimmungen des Tarifvertrages verleiht die in der Reichsverfassung gewährleisteten Rechte der Arbeitnehmer. Neben einem direkten Lohnabbau von durchschnittlich mehr als 6 Proz. sind die Einkommen der Reichsbahnarbeiter durch Arbeitszeitverkürzung und Feierlichkeiten ohne Lohnausgleich, sowie durch Herabsetzung der Bedingewerksdienste und Beförderungen in niedrige Lohngruppen und ländliche Dienststellen bereits so stark abgebaut, daß heute Zehntausende von verheirateten Reichsbahnarbeitern Wochenlöhne von 20 bis 25 M. Markt, zum Teil noch weniger, beziehen. Die bisherigen Lohnneinbussen der Reichsbahnarbeiter betragen bis zu 50 Proz. des früheren Einkommens. Wenn die Notverordnung die Reichsbahngesellschaft ermächtigt, diesen Lohn einseitig noch mehr zu senken, auf der anderen Seite aber besondere Sicherungen dafür bietet, daß die Gehälter der leitenden Beamten, die weit über das Einkommen der vergleichbaren Reichsbeamten hinausgehen, beibehalten werden, dann muß es geradezu als Hohn an, wenn die Reichsregierung in ihrem Aufruf von „Härten, die alle Volkskreise treffen“, spricht.

Zu den Feststellungen des Einheitsverbandes der Eisenbahner über die hohen Gehälter der leitenden Beamten der Reichsbahn muß die Frage ausgeworfen werden, wie die Reichsregierung sich die Erträglichkeit eines Zustandes vorstellt, der unter Bruch des Tarifvertragsrechts Länder, Gemeinden und öffentlich-rechtliche Körperschaften zwingt, die Lebenslöhne der Arbeiter und Angestellten noch mehr abzubauen, während die Gehälter der oberen Reichsbahnbeamten selbst die Gehälter der Reichsminister auch in Zukunft weit übersteigen sollen.

## Notverordnung und Beamte.

### Gefährliche politische Auswirkungen.

Vom Beamtensekretariat des Gesamtverbandes wird uns geschrieben:

Die Notverordnung enthält zwar für die neue Kürzung eine Staffelnach, aber doch nur in der Form, daß die höheren Gehälter nicht etwa noch höheren Sätzen gekürzt werden, sondern daß bei ihnen eine Kürzung in verschiedenen Stufen stattfindet; beispielsweise wird ein Gehalt von 5000 Mark in der Ortsklasse A in zwei Stufen zerlegt, so daß die ersten 3000 Mark nur um 4 Prozent und erst die nächsten 2000 Mark um 5 Prozent gekürzt werden. Auf diese Weise beträgt die Kürzung nicht etwa 5 Prozent vom Gesamtgehalt = 250 Mark, sondern 200 Mark, also 4 Prozent. Unverständlich ist, daß die gleiche Vergünstigung auch den höchsten Einkommen gewährt wird.

Dagegen kennt die Kürzung keine Freigrenze und wird nicht etwa nach den bereits durch die Verordnung vom Dezember 1930 um 6 Prozent gekürzten Gehältern berechnet, sondern nach den ungekürzten Sätzen der Besoldungsordnung,

wodurch die Senkung der zuletzt effektiv gezahlten Gehälter noch über die Prozentsätze, die die Notverordnung nennt, hinausgeht. Zu den schlimmsten Härten gehört ferner die Senkung des Kinderzuschlags für das erste zuschlagfähige Kind von 20 Mark auf 10 Mark.

Zu den Bestimmungen über die Gehaltskürzung kommen noch Vorschriften hinzu, die ein Sperrgebot für die Befolgung der Besoldungen der Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts usw. enthalten. Diese Befolgung soll der der Reichsbeamten angepaßt werden. Die Auswirkung dieser Maßnahmen wird nicht nur eine Rückkehr zu den Sätzen der Besoldung vor 1927 sein, wie Herr Kahl vom Reichsverband der Deutschen Industrie fordert, sondern stellenweise sogar noch ein Heruntergehen unter die damalige Befolgung.

Besonders bedenklich ist aber, daß die Notverordnung in einem anderen Teil ihrer Vorschriften einen starken Druck auf die Gemeinden und Gemeindeverbände enthält. Bei der Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände kommt es nämlich darauf an, „ob ihre Ausgabenwirtschaft den Grundgesetzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit entspricht, insbesondere, ob der Personalauswand im Hinblick auf Zahl, Einstufung und Befolgung der Beamten, Angestellten und Arbeiter in angemessenem Verhältnis zu dem tatsächlichen Bedarf steht und ob die Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter nicht offensichtlich günstiger geregelt sind als die Bezüge der gleich zu bewertenden Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs“.

Die Feststellungen hierüber trifft allein die Landesregierung. Man kann sich vorstellen, wie bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen einzelne Landesregierungen gerade über die sozial fortschrittlichen Gemeinden und Gemeindeverbände urteilen werden. Diese Bestimmung wird nicht nur eine Schädigung der betroffenen Beamten, Angestellten und Arbeiter, sondern zugleich ein bedenkliches politisches Kampfmittel darstellen. Die Verhandlungen mit der Reichsregierung über eine Abänderung werden mit größtem Nachdruck geführt werden.

## Faschistische Drohungen.

Rom, 10. Juni. (Eigenbericht.)

Das Verhalten der Mitglieder der Amtsdamer Internationale gegenüber den Delegierten der faschistischen Gewerkschaften auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Gené veranlaßte den Korporationsminister Bottai am Mittwoch zu folgender Erklärung an die Presse:

„Die Geduld der italienischen Vertreter gegenüber dem Jahr um Jahr sich wiederholenden Protest gegen die Gültigkeit der faschistischen Arbeitervertreter hat ihre Grenze erreicht. Die Frage ist, ob nicht eine entschlossene Stellungnahme der Abwehr gegen die Angriffe im Gené Arbeitsamt endlich notwendig ist. Gleich nach meiner Rückkehr nach Rom werde ich mit Mussolini und dem Außenminister diese Frage behandeln. Noch in diesem Jahr ist eine solche entschlossene Rundgebung der italienischen Regierung über die fernere Haltung Italiens zum Internationalen Arbeitsamt zu erwarten. Deshalb habe ich auch in Gené nicht gesprochen und nicht die Kritik vorgebracht, die ich zu den Gené Debatten zu sagen gehabt habe.“

Zu diesen Drohungen ist zu sagen, daß eine Boykottierung der Internationalen Arbeitsorganisation durch Mussolini nur die Tatsache in aller Schärfe herausstellen würde, daß die Arbeiterbewegung und damit die Sozialpolitik durch den Faschismus getrieben werden. Jedenfalls werden Drohungen die Arbeiterchaft außerhalb Mussolinis nicht veranlassen, den Faschismus und seine unterjochten „Korporationen“ anzuerkennen.

## Protest der Bauarbeiter.

Beispiellose Krise und wachsende Mitgliederzahl.

Vor einem halben Jahr hat Genosse Ebert die Führung der Bauergewerkschaft Berlin des Deutschen Bauergewerksbundes aus den Händen des Genossen Drägemüller übernommen. In dem halben Jahr seiner Tätigkeit hat er sich das Vertrauen der Berliner Bauarbeiter erworben, wie die Generalversammlung der Bauergewerkschaft Berlin am Montag mit aller Deutlichkeit zeigte. Und das will immerhin etwas heißen, denn Genosse Ebert konnte in seinem Geschäftsbericht nicht mit großen Erfolgen aufwarten, die die Organisation in den verflochtenen sechs Monaten für die Berliner Bauarbeiterchaft errungen hat.

Auf den Bauarbeitern lastet die Wirtschaftskrise mit doppelter Schwere. Einmal wird die Bautätigkeit durch die allgemeine Krise schon stark eingedämmt, zum anderen aber befindet sich das Baugewerbe noch in einer Systemkrise, die darin zum Ausdruck kommt, daß das Unternehmertum mit Hilfe der Geldgeber verfehlt der öffentlichen Bauwirtschaft das Wasser abzugraben und wieder die sogenannte freie Bauwirtschaft aufzurichten. Hinzu kommt noch die Notlage der öffentlichen Finanzen, wodurch der Baumarkt in diesem Jahr schon Ende Juli oder Anfang August zum Stillliegen zu kommen droht. 40.000 Wohnungen wurden in Berlin im vorigen Jahr gebaut oder gehen jetzt ihrer Fertigstellung entgegen. 1200 Wohnungen sind nur noch nach dem

vorliegenden Bauprogramm dieser Bauzeit zu errichten. Rund 13.500 Mitglieder des Bauergewerksbundes sind jetzt in der Zeit der „Hochkonjunktur“ im Baugewerbe noch arbeitslos gegenüber rund 18.500 im Februar d. J.

Angehts dieser trostlosen Lage war es daher kein Wunder, daß die Bauunternehmer im Frühjahr mit Forderungen auf den Plan traten, die teilweise auf einen Lohnabbau bis zu 40 Prozent hinausliefen. Der vorsichtigen Taktik des Bauergewerksbundes und nicht den Splitterorganisationen, deren ganze Tätigkeit sich in der Hege gegen den Bauergewerksbund erschöpft, ist es gelungen, wenigstens das Schlimmste zu verhindern. Trotz der Krise hat sich die Zahl der in der Bauergewerkschaft Berlin organisierten Bauarbeiter noch um fast 700 erhöht, der beste Beweis für die Einsicht der Bauarbeiter über den Wert der Organisation. Die Generalversammlung brachte wiederholt ihren Protest gegen die neue Rotorordnung zum Ausdruck, die die Bauarbeiter ganz besonders schwer trifft und sie geradezu wie Menschen zweiter Klasse behandelt. Ebenso energisch wurde von der Versammlung die Forderung nach Arbeitsbeschaffung für die Bauarbeiter erhoben, um die sich, wie Genosse Krause betonte, besonders nachhaltig der Ortsauschuss des ADB. bemüht hat. Genosse Krause gab der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen möge, außer den für dieses Jahr nur sehr beschränkt zur Verfügung stehenden Hauszinssteuern noch Mittel aus anderen Quellen zu beschaffen, um die Bautätigkeit in Berlin nicht schon im Hochsommer zum Erliegen kommen zu lassen.

Ein Sturm der Entrüstung ging durch die Versammlung, als Genosse Krause den Delegierten Mitteilung machte von dem bauarbeiterfeindlichen Verhalten der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion, die durch ihre Abstimmung den Bau des Arbeitsamtes Südoß verhindert und damit Hunderten von Bauarbeitern die Arbeitsmöglichkeit in diesem Jahr geraubt hat. In der Diskussion kam immer wieder die Forderung zum Ausdruck: Beseitigung der Ausnahmestimmungen für die Bauarbeiter in der neuen Rotorordnung und Beschaffung von Arbeit für das Baugewerbe.

## Dressfestimmen zur Notverordnung.

Der „Aufwärts“, das Organ der freien Gewerkschaften Berlins, schreibt:

„Man muß sich über folgendes klar sein: Gibt das Kabinett nach, und läßt im Hauptauschuss des Reichstages ihrer Verordnung die Sitzsähe ausbrechen, dann kann das Schlimmste vermieden werden. Tut sie es nicht, und glauben die Spitzenkörperschaften die Tolerierung Brüning's jetzt nicht mehr weiterführen zu können, dann kommt es zur offenen Diktatur Brüning's, eventuell unter Leitung der pleiteverzwieselten Schwerindustrie oder zur Hitler-Diktatur und dann aber sicher auch zu offenen blutigen Auseinandersetzungen, zum politischen und wirtschaftlichen Chaos. In diesem Falle fällt die Verantwortung allein auf Brüning und seine Kollegen zurück. Bei aller Anerkennung der großen Schwierigkeiten der Regierung, sogar bei Anerkennung ihres subjektiven guten Willens, muß gesagt werden: In der nächsten Zeit wird sich erweisen, ob Brüning den Mut hat, von der Geschichte als einer der Verderber Deutschlands gekennzeichnet zu werden!“

Der „Bekleidungsarbeiter“, das Organ des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes, erklärt:

„Ohne den Entscheidungen der zuständigen Körperschaften vorzugreifen zu wollen, glauben wir aussprechen zu müssen, daß der Bestand der Regierung Brüning nur von ihr selbst abhängen wird. Wir wissen, was dem deutschen Volke blüht, wenn Brüning durch Hitler und Hugenberg ersetzt wird; aber gerade deswegen muß auch die Regierung Brüning selbst den Mut und das Verantwortungsbewußtsein aufbringen, die Verordnung auf dem Wege einer Ausschussberatung wesentlich zu mildern. Andernfalls sehen wir keine Möglichkeit zur Verhinderung ernstlicher politischer Konflikte.“

„Solidarität“, Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter, schreibt:

„In einem Aufruf der Reichsregierung, der der Notverordnung beigegeben ist, wird von Härten gesprochen, die alle Kreise treffen. Gewiß müssen auch die Besizenden der Not Steuern helfen, die Verordnung trifft wohl alle Kreise, aber nicht mit gleicher Schwere. Arbeiter und Angestellte haben die Hauptlasten zu tragen. Die Krisensteuer belastet Arbeiter und Angestellte zwei- bis dreimal so stark als die besitzenden Schichten; der Gehaltsbetrag bei der Arbeitslosenunterstützung soll durch Leistungskürzungen eingespart werden, wird also allein durch die Arbeiter aufgebracht und nicht, wie das Gesetz bestimmt, zu gleichen Teilen von Arbeitern und Unternehmern. Die neue Notverordnung ist eine soziale Ungerechtigkeit, darüber helfen auch die schönen Worte in dem Aufruf der Reichsregierung nicht hinweg. So kann sie nicht bleiben.“

## Polizeibeamten-Organisation.

Ein Verbandstag soll entscheiden.

Eine Funktionärskonferenz des Allgemeinen preußischen Polizeibeamtenverbandes, die gestern im Sitzungssaal des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes tagte, nahm davon Kenntnis, daß einige Vorstandsmitglieder ihre Ämter niedergelegt und zum Schröder-Verband übergetreten sind. Die Funktionärskonferenz wählte einen Ausschuss, der dem Vorstande bis zum Verbandstag, der für den 23. Juni einberufen worden ist, bei der Führung der Geschäfte zur Seite stehen soll.

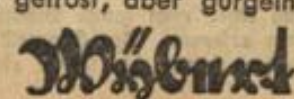
Achtung, Bauarbeiter! Wegen Nichtinnehaltung des Tarifvertrages sind die Einschaltewandarbeiten der Firma Best in Spandau auf der Baustelle Lichtenberg-Friedrichsfelde, Trenenstraße, gesperrt.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deute, 19 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: Adenau: Jugendheim Gröndorfstraße 5 (Nähe Bahnhf Spindlersfeld). Die Organisation der Unternehmerr und die Gewerkschaften. — Gefundbrunnen: Jugendheim Fetschschule, Götterburger Str. 2. Entwicklung der freien Gewerkschaften. — Schönhauser Laz: Jugendheim Luchter, 18 (Kreuzwehrhaus). Schönhauser Tor Markt. — Tempelhof: Gruppenheim, Ennenm Germanenstr. 4-6. Der Ausgang zum Jugendheim erfolgt durch den Eingang auf der hinteren Seite der Schule. — Götterhof: Wie kann ich den Gemeinschaftsgeist in der Gruppe pflegen? — Schöten: Reichensberger Str. 66 (Neuermehlhof). Diskussionsabend: Warum Betriebsräte? — Roabit: Jugendheim Richter Str. 18-19. Lichtbildervortrag: Rotes Meer. — Stealen: Jugendheim, 17, Volkshaus, Gartenstadt. Lichtbild (Unbelleidete Autobus M). Warum Freizipervortrag? — Reinholdenberg: Jugendheim Guntzstr. 44. Der Umsturz in Spanien und seine Auswirkungen auf andere Länder. — Landberger Wäke: Gruppenheim Diehlmenstr. 3. Problem und Kritik. — Lidgenberg: Jugendheim Deutstr. an der Vestfendstraße. Orts- und Debestenversammlung.

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anwaltsstellen

Deute finden folgende Besprechungen statt: Pantom-Riedelhof: Deute: Jugendheim Gröndorf, 14 (großes Zimmer), Bunter Wand. — Deute: Röh. — Deute: Jugendheim Blauer Str. 18. Vortrag: Neue Zeit — neue Wirkungen. Referent: Rodow. — Deute: Jugendheim Wilmersdorfstraße 18 (Quana von der Wollstraße in Tempelhof). Vortrag: Was sagen wir? (Kochkunst). Referent: Weiser. — Deute: Ungeheuer-Deut Berlin e. G. m. b. H. Besprechungsabend von 20 bis 22 Uhr in unserem Verbandssaal. — Spiele im Berlin ab 19 Uhr Sportplatz Jumboldstraße. Sportplatz Jumboldstraße und im Schillerpark. Ab 18 Uhr Sportplatz Tiergarten.

Rauchen Sie getrost, aber gurgeln Sie trocken mit  Waldbrand